

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

168 (21.7.1932)

Volkstreu und

TAGESZEITUNG DES WERKTÄTIGEN VOLKS MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepatente Millimeterzeile kostet 12 P. ansetzen und Stellenangebote 8 P. Die 50 P. Preis für die Wiederholung nach 24 St. der bei ersten Anzeigen ist, bei geschäftlicher Verbindung und bei Kontoren außer Anzeile ist 10 P. und bei Anzeile 10 P. 1.3. 0. Schluß der Anzeile-Annahme 5 U.

Unter wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Durch die Post 2,36 Mark. o. Glaspostsendung 10 Pf. mehr. o. Erhalten 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachpost 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28. o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstreu-Verlag: Durach, Hauptstr. 9. B.-Baden, Jagdhofstr. 12. Kallat. Telefon 2. Offenburg, Republikstr. 1

Nummer 168

Karlsruhe, Donnerstag, den 21. Juli 1932

52. Jahrgang

Staatsstreich gegen Preußen

Die papenkreuzlerischen Hahndare an der Arbeit - Die gesamte preussische Regierung ihres Amtes enthoben - Berliner Polizeiführer verhaftet - Reichswehr gegen Preußenminister und Preußenpolizei
Drohung der Gewaltanwendung gegen preussische Minister - Belagerungszustand über Berlin und Brandenburg
Die Papenkreuz-Barone als Werkzeuge Hitlers und Hugenberg's

Das Papenkreuz über Preußen

v. Papen Reichskommissar

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1.
Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskommissar zum Reichskommissar für das Land Preußen ernannt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskommissar stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, der von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien beauftragten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu. Der Reichskommissar und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien beauftragten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

§ 2.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Reudef und Berlin, den 20. Juli 1932.
(gez.) v. Hindenburg.
(gez.) v. Papen.

Der Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1.
Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschl. Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Einsprüche in das Brief-, Post-, Tele- und Fernsprechnetz, Anordnungen von Hausverordnungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.
Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollstreckende Gewalt auf den Reichskommissar über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann. Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollstreckenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

§ 3.
Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichskommissars oder des Militärbefehlshabers entgegenwirft, oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert, oder Strafe bestimmt, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 1000 RM. bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

§ 4.
Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.

§ 5.
Die in den §§ 81 (Schmerzensgeld), 302 (Brandstiftung), 311 (Erpressung), 312 (Uebervorteilung), 315 Absatz 2 (Schädigung des Eigentums) des Strafgesetzbuchs mit lebenslänglichem Gefängnis bestrafte Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, der nach der Verkündung der Verordnung begangen sind, unbeschadet der gesetzlichen Voraussetzungen für den Todestrafen. Die Strafe des Todes ist in den Fällen des § 125 Absatz 2 (Räuberei) und § 115 Absatz 2 (Mord) auch bei Widerstand bei Verbrechen, wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder im gemeinsamen Zusammenwirken mit Bewaffneten begangen hat.

§ 6.
Auf Befehl des Inhabers der vollstreckenden Gewalt sind durch

den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außerdem im § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1932 (Reichsgesetzblatt Seite 371) angeführte Straftaten, auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.
Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.
Reudef und Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg.
Der Reichskommissar: gez. v. Papen.
Der Reichsminister des Innern: gez. v. Gaus.
Der Reichswehrminister: gez. v. Schleiser.

An die Partei!

Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen Volk, durch einen Nachspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der nationalsozialistischen Partei entstanden ist. - Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten. Kämpfe vor allem mit konzentrierten Kräften für den Sieg der Sozialdemokratie am 31. Juli.

„Freiheit“

Berlin, 20. Juli 1932.

Der Parteivorstand.

Der Parteiausbruch einberufen

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat den Parteiausbruch telegraphisch zu Donnerstag mittag, 12 Uhr, nach Berlin einberufen.

Aufruf der Gewerkschaften

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wenden sich mit folgendem Aufruf an die deutsche Arbeiterbewegung:

„Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.“

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen. Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterbewegung, am 31. Juli geben.

Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechts stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße, noch irgend eine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.“

Eine Erklärung der rechtmäßigen Preußenregierung

Stellungnahme der bisherigen Staatsregierung

Von der bisherigen preussischen Staatsregierung wird folgende Erklärung veröffentlicht:
Die preussische Staatsregierung nimmt einstimmig zu den heutigen Vorgängen wie folgt Stellung:

I.
Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Auffassung der preussischen Regierung der Reichsverfassung:
1. Weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt,
2. weil die Einsetzung keine „nötige Maßnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ ist,
3. weil der Einlaß andere Zwecke verfolgt.
Die preussische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheidung den Erlaß einer einseitigen Verfügung beantragen.

II.
Soweit auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichskommissar in Artikel 17 der Reichsverfassung eingegriffen wird, z. B. durch Abhebung von Ministern oder Ernennung neuer Minister, oder in Artikel 63 der Reichsverfassung, wonach die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden, wird die preussische Staatsregierung einen solchen Eingriff als ungültig und nicht vorhanden ansehen.

Der vorbereitete Streich gegen Preußen

Severing erklärte, er weiche nur der Gewalt

Zu den Vorgängen, die sich bei dem Erlaß und der Durchführung der Notverordnung abgespielt haben, erklärt CMB folgendes:

Um 10 Uhr vormittags hatte der Reichskommissar die preussischen Minister Severing, Hirtfelder und Kiewer zu sich gebeten, um ihnen die vorbereitete Verordnung und die Enthebung des Ministerpräsidenten Braun und des Innenministers Severing mitzuteilen, sowie gleichzeitig den an den früheren Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, erteilten Auftrag zur Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Ministers. Auf das Ersuchen, diesem sein Amt zu übergeben, weigerte sich der bisherige preussische Innenminister Severing mit der Begründung, er bezweifle das verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung, und er werde nur der Gewalt weichen.

Der Reichskommissar erwiderte, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit zwar durch den Staatsgerichtshof zu prüfen, aber einstweilen eine mit den Unterschriften des Reichspräsidenten und des Reichskommissars vorliegende Verordnung rechtsgültig sei.

Daraufhin wurde der Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt. Inhaber der vollziehenden Gewalt ist der Wehrkreisbefehlshaber General Kundstedt; ihm unterstellt auch die Polizei in Berlin und Brandenburg.

Das CMB berichtet: Um die Mittagsstunde werden noch folgende Einzelheiten zu der Entwicklung in Berlin bekannt:

Das bisherige geschäftsführende preussische Kabinett ist um die Mittagsstunde zu einer Sitzung zusammengetreten. Auch Ministerpräsident Braun nimmt an dieser Sitzung teil. Er hat sein Entlassungsgesuchen in seiner Privatwohnung bereits vorher entgegen genommen. Wie von preussischer Seite hierzu noch verlautet, hat Minister Severing in dieser Besprechung erklärt, er könne nicht die Berechtigung anerkennen, daß die Voraussetzungen des Art. 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung gegeben seien, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei nicht mehr als in anderen Ländern gefährdet. In diesen Tagen werde Weltgeschichte geschrieben; er denke nicht daran, sein Amt als republikanischer Minister selbe zu verlassen. Dieser Erklärung schloß sich Minister Hirtfelder als Stellvertreter des bisherigen Ministerpräsidenten an.

Wie Severing sein Amt verließ

Berlin, 20. Juli. (Ein. Draht.) Am Mittwochabend um 8 Uhr erklärten der Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, der bisherige Essener Oberbürgermeister Bracht, in Begleit-

tung des gewaltsam eingesetzten Berliner Polizeipräsidenten und eines Offiziers im preußischen Ministerium des Innern. Sie forderten Severing auf, sein Amtszimmer zu verlassen. Severing weigerte sich. Ihm wurde daraufhin erklärt, daß dann Gewalt angewendet werden müßte. Severing erklärte, daß er nach außen hin kein Signal zum Blutvergießen geben wolle: Im Interesse Deutschlands und Preußens, ich weiche der Gewalt! Severing begab sich dann in seine Dienstwohnung.

Nachmittags um 4 Uhr hatte Bracht in einer persönlichen Unterredung mit Severing bereits versucht, diesen zur Amtsübergabe an ihn zu bewegen. Severing lehnte ab. Aus diesem Grunde erschien abends das Aufgebot zu seiner gewaltsamen Entfernung.

Der Vorsitzende des Kabinetts der Reichsbarone hat den preußischen Minister Girsiefer, Staege, Schmid, Schreiber und Grimme am Mittwochabend ebenfalls schriftlich mitgeteilt, daß sie ihres Amtes enthoben sind. Die betreffenden Minister waren der Einladung des Herrn v. Papen zu einer Kabinettsitzung nicht gefolgt. Deshalb die Amtsenthaltung, die selbstverständlich auch im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" verhängt wurde.

In die Stelle des gewaltsam seines Amtes enthobenen Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski wurde der Essener Polizeipräsident Meißner gesetzt. Das Amt des Polizeikommandeurs wurde dem Leiter der Polizeischule in Eisle übertragen. Beide Herren haben die ihnen angetragenen Ämter gerne und freudig angenommen. Erst „dienten" sie Severing, jetzt dienen sie den Hitlerbaronen.

Die Führer der Berliner Polizei zurückgetreten

BRN, Berlin, 20. Juli. Wie wir erfahren, hat sich der Berliner Polizeipräsident Grzesinski bereit erklärt, seinen Posten an den Essener Polizeipräsidenten Meißner als seinen Nachfolger abzutreten.

Der kommissarische Polizeipräsident von Berlin, Meißner, hat sein Amt mittags 12.30 Uhr übernommen.

Im Vorhof der Reichskanzlei, wo während des Umbaus des Reichspräsidentenpalais die Ehrenwache postiert ist, ist heute mittag eine größere Abteilung Infanterie zur Verstärkung eingetroffen.

Außer dem Polizeipräsidenten Grzesinski sind auch Vizepräsident Dr. Weiß und der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Seimannsberg, zurückgetreten. Anstelle von Oberst Seimannsberg ist Oberst Kosen zum Kommandeur ernannt worden. Für den Polizeipräsidenten ist noch kein Nachfolger bestimmt. Bei der Ubergabe des Polizeipräsidentenpostens an den kommissarischen Präsidenten Meißner war auch Generalleutnant von Rundstedt anwesend.

Reichswehr gegen Polizei

Der Hauptmann mit zwölf Mann

Berlin, 20. Juli. (Eig. Draht.) Im Zusammenhang mit der Aktion der Schleicherregierung gegen Preußen wurde am Mittwoch der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, sein Stellvertreter Dr. Weiß und der Kommandeur der Schutzpolizei Seimannsberg verhaftet.

Etwa um 5 Uhr erschien ein Reichswehrhauptmann Hauke, ein Leutnant, ein Offiziersstellvertreter und 12 Reichswehrsoldaten, alle mit dem Stahlhelm ausgerüstet, Handgranaten am Koppel. Hauke fragte den Polizeipräsidenten, ob er freiwillig seinen Platz verlassen werde. Grzesinski lehnte das ab, und zwar unter Hinweis auf die Unrechtmäßigkeit und Verfassungswidrigkeit dieses Annehmens. Der Hauptmann hat deshalb, diese mündliche Weigerung schriftlich auszustellen. Das geschah. Der Weigerung des Polizeipräsidenten Grzesinski schlossen sich der Vizepräsident Dr. Weiß und der Kommandeur Seimannsberg an. Der Hauptmann erklärte die drei Herren daraufhin für verhaftet. Er eröffnete ihnen, daß sie in die Offiziers-Kerkerkammer nach Moabit eingeliefert würden. Es wurde dann der von der Reichswehr mitgebrachte Wagen bestiegen. Vorher verabschiedeten Grzesinski, Weiß und Meißner sich von ihren Frauen. Die Beamtenhaft verfolgt von den Helfern aus die Voränge. Als die drei Herren abfahren, erkämpften für eine Freiheit. Um 6 Uhr erschienen Grzesinski, Weiß und Seimannsberg wieder aus der Haft entlassen.

Reichswehr gegen Staatsministerium

BRN, Berlin, 20. Juli. Ueber die Befehle des preußischen Staatsministeriums durch Reichswehrsoldaten erfahren wir von gutunterrichteter Seite, daß in der Mittagsstunde ein Offizier und zwei Mann erschienen. Der Offizier gab den beiden Soldaten Anweisung, die Büroräume des Ministerpräsidenten besetzt zu halten, und verließ dann wieder das Staatsministerium.

Der Militärbefehlshaber von Berlin und Brandenburg

BRN, Berlin, 20. Juli. „Ich bin durch den Herrn Reichswehrminister zum Inhaber der vollziehenden Gewalt für den Bereich von Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg ernannt worden. Ich erwarte von allen Behörden und von der Bevölkerung, daß sie meinen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erlassenen Anordnungen Folge leisten.

Wer diese Bekanntmachungen böswillig abdreht, verurteilt oder beschädigt, wird bestraft.

Berlin, 20. Juli 1932.

Der Militärbefehlshaber:
aes. v. Rundstedt, Generalleutnant.

Braun an den Hitlerkanzler

Der preußische Ministerpräsident hat an Herrn v. Papen folgenden Brief gerichtet:

„Mit Schreiben vom 20. Juli 1932 teilen Sie mir mit, daß der Herr Reichspräsident Sie zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt habe und daß Sie als solche mich meines Amtes als preußischer Ministerpräsident entthoen. Gleichzeitig soll das Amtsgedäude des Staatsministeriums militärisch besetzt worden sein, um mir im Falle eines Abdruchs meines Urlaubs die Wahrnehmung meiner Amtsgeschäfte unmöglich zu machen.

Nach meiner Auffassung entbehren diese Maßnahmen jeder rechtlichen Grundlage. Ich bitte daher, erst mir mitteilen zu wollen, welche Gründe Sie, Herr Reichspräsident, zu diesem Vorgehen veranlaßt haben und auf welche Bestimmungen der Verfassung und des Gesetzes Sie sich dabei stützen."

Bayerns Protest

In den Staatsgerichtshof in Leipzig hat die bayerische Staatsregierung telegraphisch folgenden Antrag eingereicht: Namens der bayerischen Staatsregierung beantragt ich für das Land Bayern zu erkennen: Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung sowie Amtsenthaltung von Landesministern wie in der Notverordnung vom 20. Juli 1932 vorgesehen, ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar.

Die Verordnung berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Zur Begründung des Antrages nehme ich Bezug auf die Erklärung Bayerns vom 9. Mai 1931 im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen des Steuervereins-Entscheidungsgesetzes. Weitere Begründung bleibt vorbehalten. Erbittet Terminbelangung.

Ministerpräsident Dr. Heß.

Der bayerische Ministerpräsident Heß hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm geschickt:

Durch die Notverordnung vom heutigen in schwerer Sorge um die verfassungsmäßigen Rechte und die Existenzgrundlage der deutschen Länder teile ich Eurer Excellenz ergebend mit, daß ich für die bayerische Regierung gegen den Herr Reichspräsidenten heute Rechtsverweigerung eingeleitet und Entsendung des Staatsgerichtshofs über die Rechtsfrage beantragt habe. In treudeutscher Ergebenheit und Verehrung Dr. Heß.

Das Telegramm an den Reichspräsidenten: Die Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung und die Amtsenthaltung von Landesministern ist nach Auffassung der bayerischen Gesamtregierung mit der Reichsverfassung nicht vereinbar.

München, 20. Juli. (Eig. Draht.) Die Aktion der Schleicherregierung gegen Preußen hat in bayerischen Regierungskreisen außerordentliche Erregung und Bestürzung ausgelöst. Sofort nach Bekanntwerden der ersten Vorgänge trat ein Ministerialrat zusammen, der sich in einer kurzen Besprechung auf den Standpunkt stellte, daß die Berechtigung der preußischen Regierung den Herren Reichspräsidenten und Reichspräsidenten zu verweigern, der unzulässig mit dem Artikel 18 der Verfassung funktioniert werden kann. Das Ergebnis des Ministerialrats war der Beschluß, telegraphisch dem Reichspräsidenten und Reichspräsidenten eine Rechtsverweigerung gegen die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen einzulegen und außerdem eine Klage beim Staatsgerichtshof in Leipzig zu erheben. Mit diesem vorläufigen Schritt will die bayerische Regierung betonen, daß sie das Vorgehen der Schleicherregierung verfassungsrechtlich für unzulässig ansieht. Die Klage beim Staatsgerichtshof bedeutet eine Solidaritätserklärung Bayerns mit allen jenen Ländern, die unter allen Umständen an den Reichsgrundgesetzen festhalten wollen, auf denen die deutsche Republik beruht.

Die bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu der Berechtigung Preußens: „Will man schon gegen eine Landesregierung aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorgehen, dann darf man ihr vorher nicht die Handhabe zur Ausübung ihres Hoheitsrechtes aus der Hand schlagen. Durch die Maßnahme, die die Reichsregierung vorher getroffen hatte, hat sie sich selbst der Rechtsargumente beraubt, die die allenfalls für einen Eingriff des Reiches hätten angeführt werden können. Es bedarf keiner Begründung, warum der außerordentlich gewagte Schritt der Reichsregierung gegen Preußen in Bayern die allergrößte Unruhe und Bestürzung hervorgerufen hat. Ein so schwerer Eingriff in das Recht der Länder trifft alle Länder. Hier handelt es sich nicht nur um gefährliche Grundfälle, sondern um einen schweren Eingriff in die Rechte der Länder. Wo aber sollen wir hinkommen, wenn die Reichsregierung ihre Politik auf eine Ebene verlegt, die der einwandfreien rechtlichen Untermauerung entbehrt. Dabei ist alles möglich. Was heute mit Preußen geschieht, kann morgen unter einem anderen Vorwand mit Bayern geschehen."

Die heftige Regierung

Darmstadt, 20. Juli. (Eig. Draht.) Ueber den Standpunkt der heftigen Regierung zu den Vorgängen in Preußen erfahren wir folgendes:

„Die heftige Regierung hat seinerzeit ebenso wie die süddeutschen Staaten sich mit Nachdruck gegen die vom Reich verhängte Besetzung des Uniforms und Demonstrationsverbots der Länder und den Gedanken der Einsetzung eines Reichskommissars gewandt. Es besteht danach kein Zweifel, daß sie angesichts der jüngsten Ereignisse in Preußen an diesem Standpunkt festhält. Man ist innerhalb der heftigen Regierung insbesondere besorgt über die Möglichkeit und die Form, mit der die Reichsregierung gegen Minister des größten deutschen Landes vorgegangen ist. Man begrüßt es daher, daß verschiedene Länder zur Prüfung der Rechtsgültigkeit des Vorgehens der Reichsregierung an den Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches appelliert haben.

Fragen an die Katastrophen-Regierung

Köln, 20. Juli. (Eig. Draht.) Die völksparteitliche Kölnische Zeitung schreibt zu dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen unter dem Titel „Und die Einheit des Reichs?":

„Die Reichsregierung, von der man nicht weiß, was ihre tiefsten Absichten sind, von der man nicht weiß, ob sie aus eigenem Entschluß handelt oder sich den Einflüssen übermächtig gewordener Gewalten fügt — diese Regierung trägt eine furchtbare Verantwortung. In Berlin herrscht der Ausnahmezustand und der Militärbefehlshaber hat das Wort. Aber hat die Reichsregierung an die bedauerliche und entehrende Bestimmung des Friedensvertrages gedacht, nach der die Macht der Reichswehr an der 50 Kilometer-Zone ihre Grenze findet? Wir sprechen diese Tatsache aus, weil über sie nicht hinweggesehen werden darf, weil schon einmal im Jahre 1920 die Entmilitarisierung eine große Rolle gespielt hat. Kann ein reichsweiter Mangel der bevorstehenden Reichstagsmaßnahmen gewährleistet werden? Und was werden die süddeutschen Länder tun, aus denen das Gerücht kommt, die Reichsregierung beabsichtige einen Sonderkommissar für den Süden zu bestellen? Was das wahr sein oder nicht; solche Gerüchte, solche Fragen werden leidenschaftlich erörtert und können die Ereignisse auf einen Höhepunkt hinaufreiben. Mebrig bleibt: zu wünschen und zu hoffen, daß dieser deutsche Streit eine Lösung findet, die das Reich nicht gefährdet, denn um die Einheit des Reiches geht es schließlich und sie muß gerettet werden. Diese Erkenntnis dürfte der einzige Halt sein."

Hitler droht mit einem Blutbad

BRN, Hamburg, 20. Juli. (Eig. Meldung.) Auf dem Viktoria-Sportplatz sprach heute Adolf Hitler in einer Massenkundgebung. Hitler führte u. a. aus: Am 31. Juli wird mehr als über die Zusammenkunft des Reichstages entschieden werden. Heute geht es um Deutschland, nicht um die Papentregierung. Man begegne dem Nationalsozialismus mit Toleranz und reue auf seine Dissiplin. Er aber sage:

„Wenn wir einst mit Euch abrechnen, dann sei Euch der Himmel gnädig."

Der erste Eindruck im Ausland

BRN, Paris, 20. Juli. (Eig. Draht.) Der Streich der Schleicher-Regierung gegen Preußen und die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin und die Mark Brandenburg hat in Paris wie eine Bombe eingeschlagen.

Die Liberté veröffentlicht die darauf bezüglichen Berliner Meldungen auf der ersten Seite mit der über mehrere Spalten gebenden Ueberschrift: „Ein neuer Staatsstreich des Reichspräsidenten v. Hindenburg". In dem Leitartikel derselben Zeitung heißt es dazu: „Die legale preußische Regierung ist durch die Ernennung des Reichskommissars ihres Amtes entsetzt. Das ist ein ernstes Ereignis, denn damit schließt Herr v. Papen die letzte republikanische Zitadelle nieder, die einen Versuch zur Wiederherstellung der Monarchie hätte zum Scheitern bringen können. Der Vorwand des Präsidenten v. Hindenburg für diesen wahren Gewaltstreich genommen hat, besteht in den blutigen Unruhen, die sich in den letzten Tagen in mehreren deutschen Städten abgespielt haben."

Aber das wichtigste, was man von diesen Unruhen sagen kann, ist, daß sie von dem Reichskabinet begünstigt, wenn nicht organisiert worden sind. Wenn man einen Staatsstreich machen will, ruft man Schlägertruppen hervor und stellt sich nachher als Verteidiger der gestörten Ordnung hin. Wieder einmal sind es die Unruhestifter, die als Verteidiger der Ordnung und der Gerechtigkeit betrachtet werden, wieder einmal sind es die Männer, die Unrecht haben."

Der Eindruck in London

BRN, London, 20. Juli. Trotzdem die englische öffentliche Meinung bereits seit einiger Zeit auf die Möglichkeit besonderer innenpolitischer Entwicklungen in Deutschland vorbereitet worden war, sind die heutigen Nachrichten über die Ereignisse in Berlin völlig überraschend gekommen. „Ausnahmezustand in Berlin" verkündete die Mastate der Presse in Teindrud, und die Ueberschriften der Blätter lassen erkennen, daß die neuen Nationalsozialisten angeheben werden.

Die „Begründung" der Papentkreuzer ein einziger Skandal

Die Regierung der papentkreuzerischen Barone hat ihrem Vorgehen gegen Preußen eine „Begründung" beigegeben, die einfach als das Skandal bezeichnet werden muß. Aber noch mehr als das. Die „Begründung" ist auch eine ganz offensichtliche Verhöhnung aller Staatsbürger sowohl in Nord- als in Süddeutschland, die an der Erhaltung und Fortentwicklung des heutigen Staates ein lebendiges Interesse haben. Die Herren Barone und Papentkreuzer haben zuerst durch den Geheimrat mit Hitler das Demonstrationsverbot und Uniformverbot aufgehoben, also den SM-Forderungen es ermöglicht, in Preußen und auch anderwärts bürgerkriegsähnliche Zustände zu schaffen und nun, nachdem diese eingetreten sind, dreht man der preußischen Regierung daraus einen Strich. Das ist doch das unehrlichste Staatsmanöver, das wir in Deutschland jemals erlebt haben. Wir sind jetzt überzeugt, in Preußen haben nicht nur die Polizeibehörden im allgemeinen, sondern auch die preußische Regierung in vollem Umfang ihre Pflicht gegenüber jeglichem Bürgerkriegstreiben erfüllt, von welcher Seite es auch immer kommen mochte, aber sie haben sich den Haß der Papentkreuzer und der ihnen verwandten Reaktionen dadurch zugezogen, daß sie unparteiisch auch gegen die Rechts ihre Pflicht erfüllt haben. Es ist einfach unerhört, und es muß gerade den süddeutschen Regierungen zeigen, wessen sie sich von der öffentlichen Unterregierung der Papentkreuzer zu versehen haben, wenn sie die Begründung zur Kenntnis nehmen, die das Vorgehen gegen Preußen rechtfertigen soll. Hier im Wortlaut diese staatspolitische Angelegenheit:

„Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichspräsident zum Kommissar von Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern, Severing, ihrer Ämter enthoben. Die Befehle und Aufgaben des preußischen Ministerpräsidenten sind dem Reichspräsidenten als Reichskommissar übertragen.

Die Verfassung des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Regierung erwartet, daß ein baldige Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Ausnahmezustandes eintreten wird.

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Land Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Antriebe Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bebaut lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen aufzutreffen, obgleich die ordentlichen Polizeiorgane durch Einleit von Berlin und Leben der Beamten sich bemüht haben, der öffentlichen von fanner Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen. Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am stärksten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten erste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht keine begründete Bedenke, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Durch die Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Es ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten, sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Es ist in dieser Hinsicht in der Öffentlichkeit durch die unangelegentlichsten Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung. Die notwendigen vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reiches und Preußens in der Hand des Reichspräsidenten als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Beseitigung des größten deutschen Landes.



Reichsexekutive gegen Preussen

In militärischem Eilmarschtempo überföhrten sich seit Mittwoch früh die Ereignisse, so schnell, daß eine Nachricht die andere überholt, eine Senation die andere, eine Verordnung die andere.

Die verfassungsmäßige preußische Regierung ist von reichsgerichtlich abgesetzt; der Polizeipräsident Grzesinski, Polizeipräsident Weich und Oberst Heilmannsborg, die ihr Amt im Auftrag dieser preußischen Regierung ausgeübt haben und auf ihren Posten pflichtgemäß verharren, sind verhaftet und in das Moabit Gefängnis eingeliefert worden. Ueber Berlin und die Provinz Brandenburg laftet der dumpfe Druck des militärischen Belagerungszustandes. Ein Generalleutnant hat die vollziehende Gewalt. Die Freiheit der Person, die Eigentumsfreiheit des Hauses und des Eigentums, alles hat in Berlin-Brandenburg mit einem einzigen Schlage aufgehört zu existieren.

In Preußen ist die sogenannte Reichsexekutive eingesetzt. Die Regierung der Herren v. Papen, v. Gayl und Schleicher hat über Preußen einen Gouverneur-Kommandanten eingesetzt, zu deutsch: Reichskommissar! Herr v. Papen hat sich selbst dieses Amt verliehen lassen und sich sofort einen Stellvertreter genommen, einen Oberbürgermeister aus Essen, der die gleiche politische Karriere durchlaufen und die gleiche politische Frontstellung bezogen hat!

Und warum all dies? In ihrem Auftruf sagt die Reichsregierung: Um die Ruhe und Ordnung im Staate aufrecht zu erhalten. Also muß etwas faul sein im Staate. Und es scheint uns so! Denn als Herr v. Papen unter einer Verbeugung die Aufforderung an Severing richtete, den Platz zu räumen und Severing die historischen Worte sprach: „War mit Gewalt“, da meinte der Reichsanzler: „Die Staatsraison erfordert, daß Sie gehen!“ „Also doch politische Gründe“, nagelte Severing fest.

In der Tat! Besser als alle Kommentare und Rundfunkreden erhält dieses hier wiedergegebene kleine Frage- und Antwortspiel die wahren Ursachen und Gründe aller Ereignisse der letzten 24 Stunden. In Altona gab es am Sonntag Nacht, in Berlin und Brandenburg müssen dafür die Lebenden büßen. Weil in Altona für einige Stunden Unordnung war, deshalb muß die in Berlin nie gestörte Ordnung „wiederhergestellt“ werden. Deshalb wird ganz Preußen unter Kuratel gestellt! Deshalb wird ein großer Teil der Bevölkerung des nördlichen Drittels des Reiches umfassen des Staates in die allergrößte Erregung veretzt, deshalb wird Unruhe und Bestürzung in das völlig ruhige und nachsahnende Süddeutschland getragen. Wahrscheinlich, uns scheint, als wären alle Begriffe auf den Kopf gestellt! Die Reichsregierung hätte besser getan, sich eine Begründung zu ihrer Aktion zu ersparen. Sie überzeugt niemand und es wäre besser gewesen, Herr v. Papen hätte gesagt: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Was ich tue, ist unerbittlich und entspricht den Wünschen derer, die mich zwar unter den Fingern nicht offen grinsen, die aber sehr wohl wissen, wo ich zu Hause bin.“

Im äußersten Opposition niemand, im Stillen aber um so mehr mit der gegenwärtigen Regierung verbündet, hat man den braunen Häusern bisher jeden ausgefallenen Wechsel ermöglicht. Auflösung des Reichstages, Aufhebung des SA- und Uniformverbots, und jetzt das dritte Acept: Preußen! Schluß mit dem faulen Zauber, rief Nazi-Cube in der letzten Landtagssitzung. Herr Kerl schrieb dann noch einen Brief hinterher und bereits ist der Wunsch und das Abkommen erfüllt. Haben etwa die Kommunisten deshalb jahrelang den bittersten Kampf Schulter an Schulter mit den Cube und gegen Severing und die preußische Polizei geführt? Deshalb etwa auch der gemeinsame Volksentscheid, von Hitler und Thälmann, „das rote Volksbegehren“ gegen die preußische Regierung? Wozu also diese Jungenschläge und Bestrebungen von Ausnahmezustand und Reichsexekution, wo alles das wahr gemacht wird, was die deutsche Reaktion, was die Junker und Schwerindustriellen, was Hugenberg und Hitler als unvermeidliches Ziel seit Jahr und Tag verkündet haben. Sie haben es jetzt erreicht, und wir würden unsere pflichtmäßige Pflicht verletzen, wollten wir ihnen über mehr oder weniger gut herausgeputzte juristische Kuliszen den Blick auf die harte Aussicht versperrern.

Es ist das historische Verdienst der preußischen Regierung, und vor allem unserer Freunde Severing, Braun, Grzesinski und aller verfassungstreuen Beamten, daß sie die Reichsregierung gezwungen haben, den einmal beschrittenen, noch unserer Meinung nicht gefehligen Weg bis zum Ende

gehen zu müssen. Daß sie aber auch den um ihrer sozialen Gleichberechtigung und um ihre Freiheit ringenden Volksmassen ein Beispiel gegeben haben, das unauslöschlich bleiben und fortwirken muß. Das Beispiel der Treue, des Mutes, des Verantwortungsgefühls und der Kaltblütigkeit mit der auch wir den Ereignissen entgegengetreten und der Zukunft entgegengehen.

Die Reaktion und Konterrevolution haben in Zeiten schwerster materieller Not und tiefster Verwirrung und Trübung ihren Streich gegen Preußen geführt. Die Arbeiterklasse und die Republikaner werden ihm nützlich zu begegnen wissen. Wir werden uns das Gesetz des Handelns ebensowenig nehmen, wie wir uns den Termin der Abrechnung vorschreiben lassen. Die Verantwortung für alles, was unterdessen in Zusammenhang mit dem Streich gegen Preußen geschieht, fällt ausschließlich auf die Regierung der Nazibarone.

Und Herr v. Hindenburg?

Die Rolle, die Herr v. Hindenburg seit seiner Wiederwahl im innerpolitischen Geschehen Deutschlands spielt, ist schon beinahe eine tragische zu nennen: für Herrn v. Hindenburg und — was wir so tief bedauern müssen — wahrscheinlich auch für das deutsche Volk. Wer am 13. März und am 10. April die Wiederwahl Hindenburgs zu verhindern trachtete, wer ihm damals eine auch persönliche Niederlage bereiten wollte, hat heute auf den Reichspräsidenten durch dessen Umgehung den allergrößten Einfluß. Der Name v. Hindenburg löst dafür heute bei etwa anderthalb Dutzend Millionen Deutschen, die in ehrlicher und lebhafter Sorge um Volk und Vaterland sich für Herrn v. Hindenburg eingesetzt haben, die allerherbsten Gefühle tiefer Enttäuschung aus.

Besonders bei uns, im Süden Deutschlands, gibt das Gefühl. Als den Mann der Treue, als den Mann, der bei aller konterrevolutionärer, militärischer und monarchischer Einstellung das Vertrauen genoss, daß er sich unter keinen Umständen in die Reue irgenwelcher Kombinationen verstricken lassen werde, hat Herr v. Hindenburg im Laufe der Jahre in Süddeutschland außerordentlich an Ansehen und Popularität gewonnen.

Es muß heute gerade heraus gesagt werden: das ist dahin! Herr v. Hindenburg hat unter dem unheilvollen Einfluß eines ihm eng umhüllenden Ratgeberkreises eine ungemessen große Summe von Vertrauen und Sympathie zerstört. Auch außerhalb Deutschlands hat es herb beklundet, wie sich Herr v. Hindenburg von Brüning getrennt hat, also von einem Manne, der in aufrichtiger, vielleicht etwas zu großer Anhänglichkeit zum Reichspräsidenten gestanden hat.

Und nun der Streich gegen Preußen, der nicht aus einer politischen oder staatsrechtlichen Notwendigkeit heraus geführt worden ist, sondern weil die Vertrauensmänner eines politisch baldierenden Herrenklubs sich an die geschworenen Lobtänze des heutigen Staates, der demokratischen Republik, gebunden haben und jetzt vertraulich eingegangene Verpflichtungen einlösen müssen, die Deutschland in die allerhöchsten inneren Erschütterungen hinein treiben können.

Das war ja der Sinn der Wiederwahl Hindenburgs für die Mehrheit seiner Wähler, daß inmitten dieser furchtbaren Zeit einer beinahe trostlosen Zerklüftung des deutschen Volkes, das Angesichts einer noch vor wenigen Jahren für völlig unmöglich gehaltenen moralischen und politischen Bewilderung, Herr v. Hindenburg mit seiner Persönlichkeit dafür bürgt, daß nicht nur der Wortsinn, sondern auch der Sinn der Verfassung getreulich bewahrt und behütet bleiben werde. Darin haben sich 18 Millionen Deutsche bitter getäuscht und diese Täuschung kann einen politischen Schaden von unermeßlicher Größe anrichten. Das Ostbürtentum hat dem Volke abermals besonders uns Süddeutschen, eine bittere Lehre erteilt, diesmal durch Herrn Paul v. Benedendorff und Hindenburg.

Erminderungen steigen auf; an die furchtbaren Monate vor dem Zusammenbruch Deutschlands im Weltkriege. Auch damals war Herr v. Hindenburg von einer unüberwindlichen Mauer (militärischer) Kasarnde umgeben, bis zum Drama im Walde von Compiègne. Wird Herr v. Hindenburg nicht abermals in die Lage sich verlegen lassen, SCS-Rufe in die Welt hinaus geben zu lassen: „Die Front kann sich vielleicht nur noch 48 Stunden halten?“ Die Tragödie unter dem Generalissimus Hindenburg hat das deutsche Volk, wenn auch unter furchtbaren Entbehrungen und Opfern überstanden. Würde es aber eine zweite Tragödie, und zwar unter dem Reichspräsidenten v. Hindenburg auszuhalten vermögen? Soll Henda in Ostelbien zu einem Schicksalort für das deutsche Volk werden? Millionen Deutsche lesen sich gegenwärtig diese Dinge Frage vor.

Herr v. Hindenburg! Sie haben in den letzten Wochen eine Verantwortung auf sich genommen, die zu den schwersten Ereignissen in der deutschen Geschichte führen kann. Und mit Tönen die drei Garde-Regimenter aus dem Dritten Garde-Regiment zu Fuß. Denn Herr v. Papen „reiert“ ja nur nach dem Diktat anderer.

Der Brotkorb der Arbeitslosen

Hitler hängt ihn ab Donnerstag höher

Die SA hat ihre Tresen, und das Volk hat nichts zu freßen, und unter dem Volk am allerwenigsten die Arbeitslosen. Und dies Allerwenigste wird frühestens ab Donnerstag, spätestens ab nächsten Montag nun nochmals weniger. Die Arbeitslosenunterstützungsfürzung der Hitlerregierung beginnt.

Sunderntausende werden ohne oder fast ohne Unterstützung bleiben, wenn man einen letzten Hungermarsch, der vielleicht da und dort noch von der Woblfahrt gegeben wird, noch Unterstützung nennen will. Sunderntausende! Das ist keine Uebertreibung; denn bei 2 1/2 Millionen Unterstützten bedeuten 10 Prozent Unterstützungseinsparung durch die Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung schon 250 000, die leer ausgehen. Dazu kommen dann noch die Ausschüsse aus der Unterstützung in der Krisenfürsorge; denn auch hier leidet die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ein, während bisher nur eine Bedürftigkeitsprüfung bestand. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit ist eine Erfindung der Hitlerregierung, eine Glanzleistung der von Hitler aus politischen Gründen unterstützten und gebildeten Regierung Papen-Schleicher. Für die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ist letzten Endes niemand anderes verantwortlich als Hitler selbst. Die Arbeitslosen müssen sich bei ihm bedanken.

Wenn da und dort ein Arbeitsloser zunächst noch zu seiner Ueberzeugung den alten Unterstützungsansatz erhält, dann nicht infolge irgendeiner Härtemilderung, sondern lediglich aus dem einfachen Grunde, weil die Städte mit der Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung nicht zu Rande kommen. Die Regierung hätte gern, als sie davon hörte, daß die Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung in vielen Städten unmöglich bis zum Beginn der Unterstützungsprüfung bewilligt werden kann, sozusagen aus der Not eine Tugend gemacht und das Inkrafttreten der Unterstützungsprüfung bis nach den Wahlen verschoben. Sie ist von diesem Gedanken weder abgekommen, weil sie und die Städte sich nicht allsehr vor der Öffentlichkeit klammern wollten. So werden also noch kurz vor den Wahlen die Arbeitslosen durch die Unterstützungsprüfung nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, was eine Hitlerregierung für sie bedeutet. Der Brotkorb wird den Armen der Armen höher gehängt.

Warum? Nur, weil Hitler seine SA uniformieren und mit der uniformierten SA den Wahlterror organisieren wollte. Und die Auswirkungen dieses Preises, für den die Arbeitslosen nun noch mehr als bisher schon hunnere müssen, sind Nord und Ost! In dem ganzen Lande; die Arbeitslosen müssen hungern, damit die SA für den Bürgerkrieg sich exerzieren kann. Und die Wirkung dieser Exerziererei ist, daß das Ausland noch weniger Vertrauen zu Deutschland hat, daß eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt immer schwächer wird und damit die Lage für die Arbeitslosen immer hoffnungs- und trostloser. Hitler exerziert und der Arbeitslose freiert.

Arbeitslose, sorgt bei den Wahlen dafür, daß diesem Wahnsinn ein Ende gemacht wird. Nieder mit Hitler!

Hitlerpleite in Kiel

Kiel, 20. Juli. (Ein. Drab.) Trotz der politischen Hochspannung war eine am Mittwoch stattgefundene Kundgebung der Nazi mit Hitler eine Kiefenpleite. Man hatte in Nazikreisen mit einer Beteiligung von mindestens 30 000 Menschen gerechnet, zumal die SA fast der ganzen Provinz mobilisiert worden war. Nach polizeilicher Schätzung waren indessen nicht mehr als 7000 bis 8000 Personen erschienen, die die Nordseehalle nur zur Hälfte füllten. Gegenüber der Demonstration der Sozialdemokratie am letzten Sonntag mit Severing, an der sich 28 000 bis 30 000 Menschen beteiligten, ist der Aufmarsch der Nazi ein unansehnlicher Kleinfall gewesen.

Wie die Naziführung in dieser Situation Hitler einschätzt, zeigt folgender Vorfall: Als einzelne Führer gefragt wurden, ob in so gespannter Lage Hitler überhaupt erscheinen werde, erwiderten sie: „Warum nicht? Hitler braucht nur zu kommen. Die politischen Entscheidungen in Berlin treffen schon andere Leute.“

Kabinettskrise in Italien

Mussolini ist mit Lausanne unzufrieden

Rom, 20. Juli. Die Agencia Stefani meldet: Der König hat den Rücktritt des Außenministers Grandi, des Finanzministers Mosconi, des Justizministers Rocca, des Erziehungsministers Giuliano und des Korporationsministers Bottai entgegengenommen.

Er ernannte zum Minister für Auswärtiges und Korporationen den Regierungschef, zum Justizminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Rom, Professor de Francisci, zum Finanzminister den Abgeordneten Guido Jung und zum Erziehungsminister den Abg. und Rektor der Universität Palermo, Professor Croco.

Zu neuen Unterstaatssekretären wurden ernannt: Ruffini im Ministerpräsidentium, im Auswärtigen Antonio Albertini, bei den Finanzen Agguini und Biasi, im Kultusministerium Puppini, bei der Volkserziehung Romano, Postiglione und Vaccaro im Verkehrswesen.

In Kreisen, die mit Italien rege Beziehungen unterhalten, verlautet auf Grund von Meldungen, welche aus Mailand einetroffen sind, daß die Umbildung des italienischen Kabinetts zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil des Ministeriums und speziell Mussolini mit dem Ausgang der Lausanner Konferenz nicht besonders zufrieden waren. Italien habe in Lausanne einer Streichung der Reparationen zugestimmt, ja sei entschieden dafür eingetreten, ohne jedoch eine Streichung der eigenen Schulden erhalten zu können. Weiter hätten die Verhandlungen in Lausanne eine gewisse Neuorientierung der italienischen Politik notwendig erscheinen lassen. Verschiedene Minister, so Musconi, sollen sich zusammen mit Grandi einer solchen Neuorientierung widersetzt haben, was dann dazu führte, daß ihnen die Demission nabenelegt wurde.

Was Hitler will?

Nichts anderes wie den alten Drill.
„Hammel“ muß es wieder geben
Der „Schweinehund“ darf auch nicht fehlen!
Herrschen soll der Adel
Prinzen ohne Tadel!?
Doch das Volk muß schweigen,
der Diktatur sich beugen,
und von der deutschen Mutter
fordert er — — — Kanonenfutter!
Dies ist Sinn und Zweck der Hitlermache
Deutschland erwanke!!!

Weg mit den Bürgerblöcklern und Kapitalknechten! Dem Arbeitervolk der Staat!!



Wählt Sozialdemokraten!

Bolz und Brünung gegen die Papenkreuzler

Mitschuld am Blutvergießen

Eine Kundgebung des Zentrums - 31. Juli Entscheidungskampf Der Pakt der Papen- und der Hakenkreuzler

Stuttgart, 19. Juli. In einer sehr stark besuchten Kundgebung des Zentrums in der Stuttgarter Stadthalle sprach als erster Redner der württembergische Staatspräsident Bots. Er beschäftigte sich u. a. auch mit dem Konflikt der süddeutschen Regierungen mit der Reichsregierung in den Fragen der Aufhebung der SM. des Uniform- und Demonstrationsverbots. Man habe den Süddeutschen damals in Berlin gesagt, die nationalen Kreise seien das Verbot der nationalsozialistischen SM. als einseitig an. Daraufhin haben wir gefordert, daß alle Organisationen dieser Art verboten werden sollen, da sie mit dem Wesen des Staates nicht vereinbar seien. Uniformierte Organisationen bedeuten nichts anderes als die Vorbereitung des Bürgerkrieges. Jetzt habe die Reichsregierung selbst das Demonstrationsverbot wieder erlassen. Wir rufen ihr heute zu:

Nationalsozialisten ist deshalb eine Kardinalfrage für das Volk, denn gegen den Versuch einer Diktatur der SM. würden sich doppelt so viele zur Wehr stellen. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, daß auch außerhalb der nationalsozialistischen Partei gewisse Kreise mit solchen Gedanken spielen. Wir warnen auf das Entschiedenste vor einem solchen Unterfangen (Stürmischer Beifall). Die Nationalsozialisten verdanken ihr Ansehen nur dem Umstand, daß sie das Sammelbecken aller Unzufriedenen sind. Wir behaupten sehr, daß das deutsche Bürgertum so wenig politische Reife besitzt, daß es dieser Bewegung nachzieht, über deren Ziel und Weg jeder eine andere Meinung hat. Bei keinem Ereignis hiermit begrüßt, vertrat auch Reichskanzler a. D. Brüning die Auffassung, daß der jetzige Kampf die Entscheidung darüber bringen werde, ob das deutsche Volk am 31. Juli in eine Revolution hineintreibt, wie es sie noch nicht erlebt hat. Der Ausgang dieses Kampfes kann leicht zurücklagen gegen diejenigen, die ihn entfesselt und dem Volke aufgedrungen haben. Es könne keine Verabingung des Wirtschaftslebens geben, wenn man einen Pakt mit den Nationalsozialisten zwar öffentlich leugnet, aber durch seine Handlungen täglich bestätigt und betätigt. Der nächste Wechsel in der Regierungspolitik kurz nach der Reichspräsidentenwahl habe viele in Verwirrung gebracht. Aber wenn man schon einmal wechseln wollte, dann hätte man die Nationalsozialisten gleich voll in die Verantwortung hineinstellen müssen, ihnen aber nicht die Gelegenheit zu einer billigen Wahl- agitation geben dürfen (Lebhafter Beifall).

Freistaat Baden

Die Ausübung polizeilicher Befugnisse

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: In letzter Zeit haben Gruppen politischer Organisationen wiederholt eine Mitwirkung zur Unterfütterung der Polizeikräfte bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beansprucht. Dieses Verlangen wurde von der Polizei selbstverständlich abgelehnt. Mögen die politischen Organisationen innerhalb der eigenen Reihen für Ordnung sorgen. Die Ausübung polizeilicher Funktionen kommt ausschließlich den Polizeibehörden und Beamten zu. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Annahme polizeilicher Befugnisse durch das Gesetz vom 18. Oktober 1923 über die Ausübung polizeilicher Befugnisse verboten und strafbar ist.

Nazi-Demonstrationen bedeuten das Ende der Kurorte

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Die Demonstrationen der Nationalsozialisten in Baden-Baden und die damit verbundenen Zusammenstöße politischer Gegner haben in den an einem geordneten Kurbetrieb interessierten Kreisen eine lebhafteste Beunruhigung ausgelöst. Durch das inzwischen ergangene allgemeine Demonstrationsverbot dürften die ausgeprägten Besorgnisse im wesentlichen beseitigt sein.

Nazi-Arbeiter!

Warum läßt du Bruderverrat?

Wir erhalten folgende Zuschrift: Nazi-Arbeiter! Wirst du nicht schamrot, daß du dich in die Reihen der Prinzen, Generale, Großindustriellen; allgemein gesagt, in die Reihe jener Kreise stellst, die von altersher in unbegründeter Ueberheblichkeit auf dich, beziehungsweise deine Klassenossen herunterblickten, ausbeuteten?

Siehst du sie nicht erinern darüber, daß es ihnen so vorzüglich gelang, die Brandfackel der Zwietracht in unsere Reihen zu werfen, euch vor ihren Wagen zu spannen, den Bruderkampf herauszuschüren in unverzeihlicher Selbstzerfleischung, während diese Herrschaften selbst vor sicherem Verfall aus nur die Jügel führen, selbst keinen Finger rühren, in angeborener Tapferkeit, um dann aber schließend dennoch leichtes Spiel zu haben.

Mit Verachtung müssen sie auf euch schauen, die ihr eure eigenen Klassenossen verrätet und unter sich lagen diese Kreise gemiß, daß ihr den Fußtritt mit Recht verdient, der euch für geleistete Verräterdienste vorbehalten ist.

Nazi-Arbeiter! Hast du nichts gelernt aus der Weltgeschichte und aus der Geschichte der Arbeiterbewegung? Nichts von Leibeigenerschaft, Bauernkrieg, Freiheitskrieg und der nachfolgenden Unterdrückung aller Freiheitsbestrebungen?

Haben die Fürsten, Barone, Grafen, Gutsbesitzer, Industrielle vielleicht die Arbeiterkassen und Fürsorgeanstalten freiwillig dem arbeitenden Volke geschenkt oder mühten dieselben nicht vielmehr in stetem Kampfe unter Führung der Sozialdemokratie schrittweise erkämpft werden?

Gibt es einen schändlicheren Unbarm an die alten Kämpfer und einen größeren Verrat an seinen Klassenossen als den, jetzt das Errungene wieder preiszugeben, indem du dich in die Reihen derjenigen stellst, die Gegner aller dieser Einrichtungen sind.

Wo bleibt dein „Selbstbewußtsein“?

Das ist wohl vor die Hunde gegangen, sonst wärest du nicht Faschist und müdest nicht zu deinem eigenen Verderben die Diktatur erstreben, sondern lieber vor Scham in den Boden sinken.

Der selbstbewusste Mann lehnt es ab, sich wie ein gedankens- und willenloses Geschöpf, wie ein Dampfmann behandeln zu lassen und einer Krute sich zu beugen.

Der selbstbewusste Mann will vielmehr — seines eigenen Wertes und seiner eigenen Einsicht in die Zusammenhänge des Weltgeschehens sich bewußt — teilhaben an der Gestaltung alles Geschehens und nicht alles fatalistisch über sich ergehen lassen. Wer anders handelt ist ein „Trottel“!

Nazi-Arbeiter! Willst du ein Trottel sein? Nein! Du mußt es ablehnen, dich wie einen Hund kommandieren zu lassen, dich jeglichen Selbstbewußtseins zu entleeren, dich aufreißigen zu lassen zum Bruderkampf. Wozu hast du Verstand und freien Willen, wenn du dich gefügig und weicheleierlich Kreisen anbietest, die dich innerlich verachten; aber in fuchsig-lauer Manier für ihre Zwecke mißbrauchen. Das aufsteigende Morgenrot im Kampfe der Arbeiterklasse hat diese Kreise zum Kampfe aufgerufen für die Wiederheroberung der früheren Macht und du leistest ihnen Vorwanddienste.

Nazi-Arbeiter! Erkennst du das Lügengewebe nicht, mit dem sie dich umgarnen? Von Sozialismus reden sie. Ist es psychologisch denkbar, daß eine Menschenklasse, deren Tradition der Kampf gegen den Sozialismus ist, plötzlich völlig umschwenken könnte? Nein! Der Fuchs schaut zu deutlich aus dem Schafspelz heraus!

Patriotismus ist nicht äußeres Getöse, lautes Gegräbe, Mord und Totschlag. Vaterlandsliebe ist Sachsaftverbundenheit; d. h. das Streben nach Erkenntnis desselben. Ueber den trennenden Einfluß der Weltanschauungen der konfessionellen Gegensätze hinweg, müssen sich alle Menschen (ohne Ausnahme) als gleichberechtigte Glieder eines Volkes fühlen, mit gleichen Menschenrechten, also auch mit gleichen Menschenpflichten fühlen. Liebe zur Heimat, zum sinnhaft gegebenen Vaterland hat es immer gegeben; aber diese Liebe hat nicht die Liebe zu Millionen anderer Menschen entwertet und zum Brudermord geführt!

Gefundes Nationalbewußtsein ist wohl das Gefühl des eigenen Wertes, die Unablässigkeit an sein Volk; aber nicht Ueberhebung, sondern vielmehr in dem Gedanken, die Vorzüge der Nation in den Dienst der großen Völkergemeinschaft zu stellen.

Aber lieber Gastmann! Welches sind eigentlich die zwei Angelpunkte um die es in Wirklichkeit geht? Faschismus oder Demokratie?

Der Sieg des Faschismus hat zur Voraussetzung, daß die Masse selbstbewußt und würdevoll sich in Abhängigkeit begibt und damit Unruhe und Dummheit dokumentiert. Der Sieg der Demokratie hat zur Voraussetzung, daß ein gerades, willensstarkes, reifes selbstbewußtes Volk gemißt ist, seine Geschichte selbst in die Hand zu nehmen; das Gängelband zurückweist, sich auf eigene Füße stellt und die abgehalfterten Prinzen, Grafen und Barone nicht wieder in den Sattel hebt.

Diese große Idee der Demokratie, die Hinführung der Masse zur Mitgestaltung alles Geschehens; zur Beachtung der Menschenwürde des einzelnen ist den Faschisten; insbesondere ihren Hintermännern und Geldgebern ein Dorn im Auge. Recht wohl wissen sie, daß das Gefühl des Selbstbewußtseins in jedem normalen Menschen lebt und darum gilt es, dieses Gefühl zu erstickern und nur so gut gelangt es ihnen.

Selbstverständlich müssen die Erscheinungen der Not in anderem Volke gemeinhin werden, das geschieht aber nicht durch katastrophische Unterwerfung unter die Diktatur, sondern vielmehr durch Zusammenfassung aller selbstbewußten Kräfte in einer freien Demokratie. Darum, Nazi-Arbeiter, überlege ob du ein freier Mensch oder ein Sklave sein willst!

Arbeitslose



daß eure Hände wieder frei werden, daß ihr Arbeit und Brot bekommt - das ist das Ziel der Sozialdemokraten Wählt Liste 1

Wir stürmen für die Freiheit! Gegen die Freiherren!

Freiherren oder Freiheit -? Untergang oder Aufstieg -? Volk, wähle Sozialdemokrat! Die Freiheit? Ja! Die Freiherren? Nein! Wir wollen frei von Freiherren sein! Die Freiheit marschieren, Der Freiherren verlieren! Parole: Sozialdemokraten! Schlagt die braunen Volksverräter, Die Freiheit wird am Wahltage Sieger! Vorwärts für die Sozialdemokratie! Parole: Sozialdemokraten!

Kundgebung

des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die deutsche Arbeiterklasse

Im Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterklasse und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

Jetzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest, daß Faschismus moralischer und materieller Verfall zugleich ist; daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet; daß die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederschwärzt.

Die deutsche Arbeiterklasse kann sicher sein, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Siege zu verhelfen. Deutsche Genossen! Ihr steht nicht allein in diesem Kampfe! Wisst, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!

Drei Pfeile

Drei Pfeile liegen gleiche Bahn, sie stoßen vor, sie greifen an. Der erste Pfeil heißt: Einigkeit! und spricht: Trefft auf und seid bereit! Der zweite Pfeil heißt: Disziplin! und spricht: Den Feind, wir schlagen ihn! Der dritte Pfeil heißt: Aktivität! und spricht: Vorwärts, ehe es zu spät!

Drei Pfeile laufen, lichtbehaftet. Ihr Bog ist die Eisene Front. Den ersten Pfeil schießt die Partei, Gewerkschaft, das ist Schütze zwei, Reichsbanner und der Freie Sport den dritten Pfeil schießen lobernd fort. Es ist der Feind für alle gleich: Das Salentreuz, das Dritte Reich!

Beflügelt von des Volkes Zorn drei Pfeile fliegen kühn nach vorn! Ein jeder spricht: es ist genau, genau mit Zug und Boltsbetzung! Drei Pfeile, scharfschneidendes Erz, sie treffen unseren Feind ins Herz! Drei Pfeile laufen ihre Bahn — — — Herbei! Sieht vor! Greift an! Greift an!

Sturmflut des Kampfes, rotes Fanal — wehe voran, ein leuchtend Signal! Was unsere Väter mühsam erkritten, Wofür sie gedarrt, gehungert, gelitten, Wofür das Blut unserer Brüder geflossen, Laßt uns kämpfen und siegen — Genossen! Brüder, erschlag die Geißel und Throne der Volksverräter — der Sittler-Barone.

Sie pressen den Armen, um den Reichen zu schonen — Und geben den Großen Subventionen. Es mahnen Karl Marx, Engels, Bebel, Lassalle: Proletarier — einigt euch — überall! Zum Schwur hoch die Hände, die Herzen empor. Kampf dem braunen Faschistenterror! Sturmflut des Kampfes, der Zeuge der Zeit, Führt uns zum Siege, zur Einigkeit!



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1773 Aufhebung des Jesuitenordens. — 1798 † Schottischer Dichter Robert Burns. — 1816 † Dichter Julius Sturm. — 1858 † Max Rössler. — 1871 Gründung der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks. — 1897 † W. Boege (Kulturhistoriker). — 1917 Kerenski wird russischer Ministerpräsident.

Wie hat Karlsruhe bei den letzten zwei Reichstagswahlen gewählt?

(Ausschneiden und aufbewahren)

Vor vier Jahren, bei den Reichstagswahlen von 1928, zählten die Karlsruher Wähler mit zu den faulsten des badischen Landes; es hatten von 109 600 Wahlberechtigten volle 43 000 nicht gewählt. Die Wahlberechtigung betrug damals nur 62 Prozent.

Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 sah dieses Bild aber wesentlich anders aus. Von 115 200 Wahlberechtigten hatten jetzt nur noch 25 700 Staatsbürger und Staatsbürgerinnen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht; immerhin noch eine erhebliche Zahl, aber die Wahlbeteiligung war doch in Karlsruhe auf 77 Prozent hinaufgeschneit. Wie wird sie am 31. Juli 1932 werden?

Vergleichen wir nun die letzten zwei Reichstagswahlen, da sie, obwohl inzwischen die Landtagswahlen von 1929, sowie die Gemeindevahlen und die Reichspräsidentenwahlen das Zahlenbild etwas verändert haben, im wesentlichen als maßgebend für den 31. Juli gelten müssen. Es erhielten Stimmen:

	1928	1930
Nationalsozialisten	1928	23 012
Sozialdemokratische Partei	2 059	21 608
Zentrum	20 508	12 313
Deutsche Volkspartei	12 313	8 914
Demokraten	8 914	4 989
Einheitsliste der Volkspartei und der Demokraten	4 989	9 522
Kommunisten	—	5 241
Evangelischer Volksdienst	—	4 464
Deutschnationale Volkspartei	—	5 211
Mittelstands- (Wirtschafts-) Partei	—	3 045
Volkswirtschafts- (Wirtschafts-) Partei	—	2 767
Konfessionelle Volkspartei	—	713
Haus- und Grundbesitzer	—	92
Badische Bauernpartei	—	53
Deutsche Bauernpartei	—	28

Auffällig ist in den vorstehenden Zahlen die starke Verminderung der Stimmen der bürgerlichen Mittelparteien: Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Demokraten und Wirtschafts-, sowie Aufwertungs-, Partei. Hitler kriecht hier. Diese Erscheinung wird sich am 31. Juli in noch höherem Maße bemerkbar machen. Leider lernt das Bürgertum daraus nichts!

Die Karlsruher Tiergartenblätter

Die Badische Presse und das Karlsruher Tagblatt zeigen bei den letzten großen politischen Vorkäufen wieder einmal ihr wahres Gesicht. Die Badische Presse stellt die Dinge so dar, als ob alle Schuld bei der preussischen Regierung liegen würde und das Karlsruher Tagblatt spricht darüber hinausgehend noch von einem „großen Ausräumen“, indem sie alle ihr zur Verfügung stehenden Steine gegen die preussische Regierung wirft.

Kein Wort in diesen Blättern von der schweren Schuld der von Hitler tolerierten Reichsregierung der Barone, die durch Aufhebung des Uniformverbots das Bürgerkriegsstreben zur sichtbaren Flamme entfacht hatte.

Kein Wort vom blutigen Terror der Nationalsozialisten. Kein Wort von der schweren Verantwortung, die die Reichsregierung für die gesamte deutsche Staatsentwicklung durch ihren Staatsstreich gegen Preußen auf sich geladen hat.

Kein Wort von der Verschärfung der Wirtschaftskrise, welche die Regierung der Nazis durch diese gewalttätige Aktion hervorruft.

Es ist Gelegenheit gegeben, an diesen Dingen wieder einmal zu sehen, wie sich diese drei Presse in entscheidenden Momenten einstellt und die Volksmassen haben Gelegenheit, wieder einmal zu beobachten, wo der Sinn dieser angeblich neutralen und in Wirklichkeit reaktionären Blätter hingeht. Wer freihetlich denkt, muß angesichts dieser Stellungnahme die Konsequenzen ziehen.

Wildes Baden in Gemarkung Karlsruhe

Vom Rathaus wird uns geschrieben: In einer hiesigen Tageszeitung sind kürzlich von einem Einwohner Beschwerden über das allgemeine Verbot des Badens außerhalb der zugelassenen Bäderplätze vorgebracht worden. Der Beschwerdeführer beanstandet vor allem das Badesverbot für den sogenannten Baggersee im Gewann Fritschlach zwischen Darlanden und Fochheim. Hierzu kann folgendes gesagt werden:

Erfreulicherweise sind in den Jahren seit Kriegsende alle Schichten unseres Volkes mehr und mehr von der Ueberzeugung über die kräftigende und gesundheitsfördernde Wirkung des Badens in Luft und Sonne durchdrungen worden. Das Baden im Freien, am Rhein, an der Alb und sonstigen Gewässern

nahm in dieser Zeit ein ungewöhnliches Ausmaß an. Bei diesem plötzlichen Aufschwung des Badens war es allerdings nicht möglich, von vornherein alle Gefahren auszuschalten, die daraus dem Einzelnen und der Gesamtheit erwachsen können. Es waren vor allen Dingen drei Gefahren, deren Größe nicht unterschätzt werden darf:

1. die Schädigung fremden Eigentums, vor allem der am Badesplatz gelegenen Wälder und Wiesen und der Fischerrei,
2. die Gefährdung der öffentlichen Ordnung an den Badesplätzen durch schamloses Verhalten unverantwortlicher Personen,
3. die Gesundheitsgefährdung beim Baden in nicht einwandfrei freigegebenen Gewässern und Gefährdung des Lebens beim Baden an gefährlichen Stellen.

Die öffentliche Verwaltung, Stadt und Polizei, sah sich daher, um diesen Gefahren entgegenzuwirken, in den letzten Jahren genötigt, Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl dem Schutze des Einzelnen wie auch der Gesamtheit dienen sollten. In erster Linie galt es, einwandfreie Badesplätze zu schaffen, bei deren Benutzung eine Schädigung fremden Eigentums ausgeschlossen wurde, und die jeder Bürger benutzen konnte, ohne im allgemeinen seine Gesundheit und sein Leben Gefahren ausgesetzt oder schamloses Verhalten zu sehen zu müssen. Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtete es die Stadt Karlsruhe, gerade am Rhein eine derartige Badesgelegenheit mit der Errichtung des Volksbades Rappenvödt zu bieten. Zu gleicher Zeit wurden auch Freibadesplätze an der Alb (Rappurr, oberer Bannwald und Grünwinkel) und am Rhein, zwischen dem Rappenvödt und dem Rheinischen-Stiefkanal auf einer Strecke von etwa 800 Meter, eröffnet.

Von diesen Badesplätzen suchte man die Gefahren und Auswüchse, die mit einem wilden Baden zweifellos verbunden sind, fernzuhalten. Umgekehrt waren nun Stadt und Polizei, in strenger Verfolgung ihres Zieles, genötigt, durch ortspolizeiliche Vorschriften (Gewässerordnung vom 2. Januar 1930 und Badesordnung vom 7. Februar 1930) an allen übrigen Gewässern der Gemarkung Karlsruhe das Baden zu untersagen. Eine Ausnahme galt, außerhalb dieser zahlreichen zugelassenen Badesplätze zu Baden, nur dann auch nicht mehr gegeben.

Unter das Badesverbot fällt auch der Baggersee im Gewann Fritschlach zwischen Darlanden und Fochheim. Dieses Verbot war besonders erforderlich mit Rücksicht auf die Fischerrei — die Gewässer der Fritschlach sind Laichplätze für die Fische — und vor allem mit Rücksicht auf die nicht geringen Gefahren, die im Schwimmen nicht völlig sicheren Personen infolge der unterirdischen Wasserstellen drohen. Bei der weiten Entfernung jener Gewässer vom bewohnten Gebiet besteht auch keinerlei Möglichkeit, eine Aufsicht über den Badesbetrieb durchzuführen und Auswüchse, über die dort schon heftig geklagt wurde, zu bekämpfen.

Man darf wohl erwarten, daß die Deffentlichkeit diesen Maßnahmen, die nur dem allgemeinen Vorteil dienen sollen, Verständnis entgegenbringt. Die Freibadesplätze an der Alb und der große Freibadesplatz am Rhein nördlich des Rappenvödt ermöglichen es auch den Personen, vor allem den Gewerkschaften, welche die vorhandenen geschlossenen Badesplätze (Rappenvödt, Rheinischen-Sonnenbad, Rappurr, Dammersloch) nicht benutzen wollen oder können, in freier Luft und Sonne zu baden.

Oeffentliche Wahlversammlungen

Bezirk Mühlburg

Donnerstag, 21. Juli, öffentliche Wählerversammlung im Hirschhof, 8 Uhr abends. Thema: „Papen regiert — Silber toleriert“. Referent: Reichstagskandidat Gen. Lohmann-Porzheim.

Genossen, sorgt dafür, daß auch anwesende Leute in die Versammlung kommen. Werdt für einen guten Besuch.

Bezirk Beiertheim

Statt des für Freitag, 22. Juli, geplanten Aufmarsches der Eisernen Front in Beiertheim findet nun am gleichen Tag, 20 Uhr, im „Schwappjörg“ eine

Öffentliche Wähler-Versammlung

statt. Die Parteigenossen, Volksfreundler und Gesinnungsleute werden gebeten, für einen zahlreichen Besuch dieser Veranstaltung zu werben. Unser Reichstagskandidat, Gen. Weitz, wird sprechen. Die Eiserne Front Sulzbach-Beiertheim tritt vollständig um 8 1/2 Uhr im Lokal zum Saalshaus an.

Küppurr

Die Kommunisten auf dem Gimpelgang.

Die KPD hat zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Da sie mit ihren bisherigen Versammlungen recht schlechte Geschäfte machte, indem die Arbeiterschaft vernünftigerweise fernblieb, kommt sie nun auf einen anderen Trick. Man fordert den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Küppurr auf, in der Versammlung zu erscheinen und die Politik seiner Partei zu vertreten. Man glaubt dadurch bei gewissen Leuten Eindruck zu erzielen, als ob es nun in dieser Versammlung eine Sensation gebe und deshalb Sensationsstücker anlocken zu können. Der Vorsitzende der SPD,

in Küppurr wird natürlich nicht erscheinen, denn er hat die Unberathenheit der Sache wichtigeres zu tun, als bei einem kommunistischen Theater mitzuspielen. Die Vorgänge in Küppurr haben höchstens die Kommunisten noch nicht belehrt, welche Stunde für die Arbeiterschaft schlägt. Sie betätigen sich eben nach wie vor als Steigbügelhalter der Reaktion, die Zersplitterung der Arbeiterbewegung ist ihnen selbst in dieser ersten Stunde viel wichtiger als ein gemeinsamer Kampf gegen die braune Pest und ihre Handlanger. Man läßt also lieber die Herren Kommunisten unter sich, dann können sie sich gegenseitig anhängen, wie die SPD, angeblich die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die Operette „Die Dollarprinzessin“ von Leo Fall, die auch bei der Aufführung am vergangenen Dienstag den Besuchern wieder viel Freude bereifete, wird heute abend erneut gegeben. Beginn der Vorstellung 20 Uhr. Siehe auch die Tagesansage.

(1) **Ausfahrt der Volkshorlfamilie.** „Warum in die Ferne schweifen, wo das Gute liegt so nah“. Unter diesem Gesichtspunkt führte der Volkshorlfest eine Getreide- und Wein- nach dem idyllischen Naturfreundehaus Moosbrunn. Auf großer Ausdehnung des Bodens waren Mannlein, Weiblein und der inbilde Nachschuß in beängstigender Menge verlaus. Dazu gesellte sich noch die große Zahl der Bebaufreigekehrten. Am Ziele aneignend forste der unermüdete Onkel Herbert — und bessere Hälfte — für seine Traditionsgäste in bekannt ungeschickter Weise. Wechselfreudige Sängergänge in wackeligen Gruppen nach Bernbach, Mittelberg und auf den „Monte Nabilio“ schufen eine ausgezeichnete humorvolle Stimmung. Auf letzteren fanden einige „Düffende“ allerdings nicht die Anstaltsroute, so daß sich eine Hilfsexpedition nach dem „Strauch“ als notwendig eries. Besonders ergötzliche Situationen brachte der „Photobans“ in seiner Strafenfalle unter, um sie nach dem zu sichern. Reichliche Folge in Speise und Trank, Singen und Gehen; so rühte die Zeit des Aufbruchs heran. Nach einer fröhlichen Diebel im Chor geschmettert und unter den Grüßen „Freundchaft“ und „Freiheit“ wurden die „Faulenzertüster“ zum Heimkehr befohlen. Ein letzter Appell an die Sängerkolonne, zu trommeln und zu rühren zum Kampfe am 31. Juli, um den die stören die Grenzen ihrer Macht zu zeigen, war der Ausklang der „Freiheit“.

(2) **Beim deutschen Sängerbundesfest in Frankfurt a. M.** werben durch den Schulerigen Männerchor Werke von Franz Hiller, der auf Aufführung gebracht und zwar die „Folge alemannischer Bieder“ und der „Eichendorff-Johannes“, der dieses Jahr u. a. auch durch den Berliner Lehrer-Gesangsverein unter Leitung von Prof. Durig-Rüdel zur Erstaufführung in Berlin kam.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 1 und 5

Donnerstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, Zusammenkunft (Stadthalle) im Gambrius. Alles hat zu erscheinen.

J. B. 3 Dittstadt

Freitag abends 8.30 Uhr Versammlung im Lokal „Bernhardusstraße“ Volksbüchliches Erzielen Pflicht.

Bezirk Küppurr

Seute 7.15 Uhr Antreten auf dem Platz der Freien Turnerschaft am Schloßhof.

J. B. 2

Freitag abends 19.30 Uhr Übungsabend in der Seebühnenstraße. Wichtig! Die Straßenobsteure sorgen für reifliches Erzielen.

Bezirk Rintheim

Freitag, den 22. Juli, abends halb 9 Uhr, im „Sitz“ wöchentliche Versammlung.

J. B. 8

Donnerstag, 21. Juli, 7 Uhr: Beieiligung an der öffentlichen Versammlung im „Sitz“. Erzielen aller Kameraden Pflicht.

Veranstaltungen

Gegen Stenerüberlastung von Gewerbe und Hausbesitz. Man fordert uns: Die Erhöhung der städtischen Umlage hat das darniederliegende Gewerbe, den Handel ebenso wie den Hausbesitz schwer getroffen, wird vielmehr auch entgegen allen oberbürgermeisterlichen Beschlüssen, die Umlageerhöhung die Mieterlast unmittelbar von der Verrentung der Umlage von 51 auf 70 Pfg. ergriffen werden, da nach der Verrentung der Landesregierung die Betriebskosten soweit sie 25 Prozent der Umlage mehr übersteigen, bis zu 5 Prozent als in den höheren Umlagen enthalten auf diese umgelegt werden müssen. Der Karlsruher Mieterverein hat zu einer großen Kundgebung in der „Eintracht“ am Freitag, den 22. Juli 1932, abends 8 Uhr, eingeladen.

Was wird kommen? Was bringen die kommenden Monate des Jahres 1932? Man schreibt uns: Zwei Fragen, die heute Lausende und die Kaufende bewegen. Am Rahmen der großen astrologischen Konferenz, anstaltung im Film und Demonstrationsvortrag, die am Freitag, den 22. Juli, nachmittags 5 und abends 8 1/2 Uhr im Gloria-Palast auf dem Wühl nach dem großen Erfolg der Erkaufführung in diesem Theater wiederholt wird, werden sie behandelt. Der Vorverkauf hat bereits eingeleitet und es empfiehlt sich daher im eigenen Interesse, sich bei dieser Veranstaltung, die auch hier öffentlich, wie überall, gegen den Verkauf aufweisen wird, sich im Vorverkauf zu betonen. (Vorverkauf im Gartenhaus Wühl, am Marktplatz.)

Raffae Bauer. Wie leben Donnerstag findet heute Langabend im Turner-Kabell Ernst Walter statt. (Siehe die Ansage.)

Auskünfte der Redaktion

Karlsruhe. Ueber Arbeitsgerichtsverhandlungen können wir Fälle von grundsätzlicher Bedeutung aufnehmen.

Trotz alledem --

Massen heraus!



EISERNE FRONT KARLSRUHE

Samstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, auf dem Platz der Freien Turnerschaft an der Linkenheimer Allee

Alle Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Arbeitersportler, Arbeitersänger, alle sozialistischen Männer und Frauen **Antreten zur Massenkundgebung**

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

Gestern abend wurde an der Straßenbahnhaltestelle Bahnhof Durlach ein 55jähriger Mann von Durlach in dem Moment, als er die Landstraße überqueren wollte, von einem von Karlsruhe kommenden Motorrad angefahren und zu Boden geworfen. Der Mann erlitt Verletzungen am Kopf und an beiden Beinen. Mitglieder des Arbeiteramtlarverbundes Durlach leiteten ihm einen Notverband an und veranlassten die Überführung in das Krankenhaus Durlach. Der Motorradfahrer und sein Beifahrer wurden ebenfalls zu Boden geschleudert, kamen aber mit geringen Verletzungen davon. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt.

Aufgefundene Fahrräder

Im Laufe des gestrigen Tages wurden der Polizei zwei Fahrräder übergeben, die herrenlos auf der Straße aufgefunden worden waren.

Bisse Hunde

Gestern mußte die Polizei gegen drei Hundebesitzer einschreiten, weil sie es nicht verhindert haben, daß ihre Tiere Passanten anfielen und durch Bisse verletzten.

Ein 42 Jahre alter Schuhmacher von hier wurde festgenommen und in das Bezirksgefängnis eingeliefert, weil er in vergangener Nacht unbefugt Sachmittel politischen Inhalts am Bahnhofsebene in Mühlburg anlebte und dabei eine Welle als Waffe mit sich führte.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Noch immer liegt der Schwerpunkt des hohen Druckes auf dem Ocean, so daß eine Veränderung des bestehenden Witterungscharakters vorerst noch nicht zu erwarten ist. Weiterausblicken für Freitag, 22. Juli: Im wesentlichen Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstand des Rheins

Kelsh 306, gef. 72, Waldshut 436, gef. 9; Schutterinsel 236, gef. 71; Rehl 440; Marau 630, gef. 10; Mannheim 656, gef. 4 Zentimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Funktionärversammlung

am Sonntag vormittag. Näheres wird bekanntgegeben.

Eintrittskarten im Vorverkauf zur Kreisversammlung am 28. Juli sind bei sämtlichen Beitragsaffilierten der Partei, in der Volksbuchhandlung, Waldstr. 28, im Zigarrenhaus Lippert, Kriegsstraße 3 und im Volkshaus, Schützenstraße 16 zum Preise von 20 Pfennig zu haben.

An die Bezirksaffilierten! Eine dringenden Angelegenheit wegen werden die Bezirksaffilierten auf heute Donnerstag abend 6 Uhr zu einer kurzen Besprechung zu Genosse Hans Kaiserstr. 46, gebeten.

Arbeiterwohlfahrt

Die Genossinnen aller Bezirke werden betr. ärztlicher Erholungsflüge gebeten, am Donnerstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, in die Kaffeehaus, Karl-Friedrichstr. 22, zu kommen.

Aus der Stadt Durlach

Genossen und Genossinnen!

Kommt am Sonntag, 23. Juli, abends 8 Uhr, zur öffentlichen Versammlung in die Festhalle. Es spricht Gen. Kimmelman und es spielt der „Noten Jaden“.

(-) 25. Geburtstag. Am 20. ds. Mts. begangen die Eheleute Friedrich Frey, Maler, das Fest der silbernen Hochzeit. Sie sind schon drei Jahrzehnte Ehepaar und über 25 Jahre Mitglieder des Arbeitergenossenschaftsvereins „Vorwärts“ Durlach. Seit Jahrzehnten ist Koll. Frey gewerkschaftlich organisiert. Beide Eheleute sind auch Mitglieder der Eisernen Front. Herzlichen Glückwunsch zum silbernen Jubel!

Marktberichte

Anielinger Schweinemarkt. Zufuhr: 65 Milchschweine. Preise: Milchschweine pro Paar 15-25 RM., Käufer pro Paar 24-35 RM. Handel: lebhaft. Nächster Markt am Mittwoch, den 27. Juli 1932.

Elfenburger Schweinemarkt am 20. Juli 1932. Zutrieb: 32 Ferkel, 107 Käufer. Verkauf: 30 Ferkel, 67 Käufer. Preise: Ferkel, für das Paar 18-20 RM., Käufer für das Paar 24-50 RM. Verleget: gut. Nächster Schweinemarkt am Mittwoch, den 27. Juli 1932.

Wassfaler Schweinemarkt vom 20. Juli 1932. Angefahren wurden: Milchschweine 200, Käufer 98, verkauft wurden Milchschweine 140, Käufer 50. Höchster Preis pro Paar Milchschweine 22 RM., pro Paar Käufer 40 RM. Höchster Preis pro Paar Milchschweine 20 RM., pro Paar Käufer 34 RM. Niedrigster Preis pro Paar Milchschweine 14 RM., pro Paar Käufer 26 RM. — Viehmarkt. Großvieh 60 Stück, Kleinvieh 47 Stück, Kälber 12 Stück.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Storbefälle und Beerbigungsseiten. 19. Juli: Katharina Borghard, 69 Jahre alt, Ehefrau von Emil Borghard, Kantienleiter. Beerbigung am 21. Juli, 14 Uhr. Herbert, 2 Jahre alt, Vater Friedrich Storz, Mechaniker. Beerbigung am 22. Juli, 14 Uhr. Wilhelm Schlier, 35 Jahre alt, Tapazier, Chemann. Beerbigung am 22. Juli, 14.30 Uhr. — 20. Juli: Edward Kemmler, 81 Jahre alt, Werkmeister a. D. Witwer. Feuerbestattung am 22. Juli, 14.30 Uhr.

Die Anwendung von Reinfese zur Bereitung von Beeren- und Obstweinen zählt heute zu den kellerwirtschaftlich wichtigsten Dingen. Das geht unter anderem auch daraus hervor, daß die staatlichen Versuchs- und Forschungsanstalten die Verwendung der reingepressten Beeren empfehlen und weiter, daß das Weinrezepte die Reinfese unter die für die Kellerbehandlung erlaubten Stoffe aufgenommen hat. Ganz besonders wichtig ist die Anwendung der Reinfese bei der jetzt stattfindenden Beerenweinbereitung, um die gerade aufstrebenden Bakterienkrankheiten, vor allem das Stichtwerden, zu verhindern. Die DMW-Reinfesen der Beerenreife-Anstalt Dr. August Ostermayer in Wiesbaden sind äußerst gärfähige Befen, die eine rasche und vollständige Gärung bewerkstelligen und dadurch eine reine Weine liefern, die vor allem auch haltbar sind.

Karlsruher Umgebung

Hagsfeld

Die Verlogenheit des Führers

Den gemeinen Angriff der SA auf friedliche Dorfbewohner am Sonntag abend flüht der Führer in folgenden Bericht zum:

Eine Bluttat Hagsfelder Marziten

Nationalsozialist aus dem Hinterhalt überfallen und schwer verletzt. Am Sonntag abend wurde der 20 Jahre alte Nationalsozialist Alfred Härtner aus Karlsruhe, der vom Hagsfelder Marziten anstehenden Karlsruher SA, entsetzt. In seiner Wohnung bestanden sich noch 3 weitere junge Leute. Als die 4 jungen Nationalsozialisten auf ihren Fahrrädern Hagsfeld durchfuhren, wurden sie an der Bahnhofsstraße, dem Treffpunkt der Hagsfelder Marziten, von einer hundertköpfigen Horde überfallen, die mit Säcken bewaffnet, auf die Radfahrer einbrach. Während 3 von ihnen entkommen konnten, wurde Härtner vom Rad heruntergeschlagen und von den roten Lumpen durch Schläge und Tritte schwer verletzt. Den Überfallenen fand dann die später eintreffende SA, durchüberbrannt demütiglos im Ghauffersgraben liegend auf. Durch ein Sanitätsauto wurde er ins Städt. Krankenhaus gebracht. Die Verletzungen sind sehr schwerer Natur. Härtner ist noch nicht vernehmungsfähig. Die Polizei ist den Tätern bereits auf der Spur. Auch als die Wohnungen mit den SA-Männern Hagsfeld verließen, wurden sie an der gleichen Stelle von denselben überfallen und einem

Gaget von Biergläsern, Flaschen und Steinen empfangen. Die den Zug begleitenden Polizeibeamten gingen sofort tatkräftig vor, worauf das Unternehmenseigentum im Ru in der roten Kneipe verschwinden war. Viele streuten beide Arme in die Höhe und beteuerten unter Tränen: „Wir haben nichts gemacht!“, „Wir sind unschuldig!“ und ihre Unschuld.

Schwer durch die Polizei festgehalten ist, daß die Überfälle durch die Marziten erfolgen, bringt der Volkstribun in seiner Monographien eine Darstellung, die von Anfang bis Ende erfolgen ist. Er schreibt darin, daß die SA-Gruppen „karmelische Passanten“ überfallen hätten. Das Wahrschreiben des Herrn Saub Gräbenbaum ist bekanntlich auch, wenn von amtlicher Seite das Gegenteil festgesetzt wird.

Zum ersten Fall müssen wir sagen, hat scheinbar das Dritte Reich derartige Anfallsbegeben, daß sie nicht imstande sind bis 100 Jahren zu kommen, denn in Wirklichkeit (dies können Augenzeugen bezeugen) waren etwa 20 Kinder und 4-5 erwachsene Personen auf der Straße. Sätze der eine der Hagsfelder nicht ein Kind getreten und der andere mit der Kettenschlange auf mehrere Kinder geschlagen (woburh übrigens auch der Saug der Hagsfelder zurückzuführen ist), hätten die erwachsenen Personen auch nicht zurechtkommen. Ermüßenswert wäre es, wenn der Führer einmal mitteilen würde, in welchem Ghauffersgraben die SA-Gruppen ihren Seiden Fittler gefunden haben wollen. Die Bevölkerung ist hierüber eines anderen belehrt.

Festgesetzt ist, daß nicht die Leute der Eisernen Front, sondern die Banditen des Dritten Reiches angegriffen haben. Es wird kein Hagsfelder erleben, daß ein Mann der Eisernen Front die Hände hochhebt und um Gnade fleht, vor Raben, wie die der Hagsfelder. Außerdem möchten wir ausdrücklich feststellen, daß die Polizei nicht Leute der Eisernen Front, sondern die Mordbuben des SA-Führers Welsch hat zurückgelassen müssen.

Daß mit Biergläsern oder Bierflaschen seitens der Hagsfelder geschnitten wurde, ist erloschen. Wahrscheinlich haben die Hagsfelder in Hagsfeld zu viel Bier zu sich genommen und wissen nicht mehr was sich zgetragen hat, oder aber sie läßen ganz gekessentlich.

Wie es im Dritten Reich ausseh mag, das zeigt der Ausdruck des Führers „Unternehmenseigentum!“ Vermutlich sänat der Mensch erst beim Hilsler an.

Eiserne Front!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Roter Faden!

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Umständebehalter findet die Rundgebung der Eisernen Front mit Aufführung des „Roten Faden“ am Freitag statt, nicht wie ursprünglich geplant am Samstag. Republikaner erscheint zeitlos um halb 9 Uhr im Bahnhofsaal, bringt eure Familienangehörigen mit. Eintritt ist frei! Freiheit!

Wir machen die Mitglieder der Eisernen Front auf den heute abend halb 9 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Lebensabend nochmals aufmerksam, mit dem Einschen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Tagesschau

Belgrad, 20. Juli. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, hat die jugoslawische Regierung beschlossen, dem französisch-englischen Vertrauenspakt beizutreten.

Dublin, 20. Juli. Der irische Senat hat die Vorlage über die Kampfschiffe gegen England endgültig angenommen.

Genf, 20. Juli. Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, in der der Berichterstatter der Konferenz, der tschechische Außenminister Dr. Benesch, den Resolutionsentwurf, mit dem diese Tagung abgeschlossen werden soll, vorlegte und erläuterte.

London, 20. Juli. Times zufolge ist es in der Provinz Jehol (Mandschurei) zu Kämpfen zwischen Chinesen und Japanern gekommen.

Deutschland und Frankreich

Paris, 17. Juli.

Zehn Jahre lang ergingen sich die deutschen Rechtsparteien in wüsten Schimpereien gegen die deutsche Sozialdemokratie, weil diese für die Politik der internationalen Verständigung und vor allem für die Verständigung mit Frankreich eintrat. Erst lernte Stresemann am, der Führer der Deutschen Volkspartei, dann Schwenke jetzt Herr von Papen in Laufanne ein, und auch der Stahlhelm sieht sich gezwungen, die Dinge etwas anders zu betrachten als noch bis vor kurzem.

Herr Franz Selbte, der Führer des Stahlhelms, hat soeben einem Redakteur der Berliner Reichszeitung Intersingent in Berlin ein Interview gegeben, und der Redakteur betonte sogar, Herr Selbte sei extra von Magdeburg zu ihm nach Berlin gefahren, nur um mit dem Franzosen zu sprechen. Würde ein deutscher Sozialdemokrat das getan haben, so wäre das sicher bereits Vaterlandsverrat in den Augen der Stahlhelmer.

Herr Selbte erklärte dem französischen Journalisten, daß er sich darüber wundere, man könne von ihm annehmen, daß er nicht gerne mit Franzosen spreche. Er hoffe, er werde jederzeit auch von den französischen früheren Kriegsteilnehmern freundlich empfangen, wenn er einmal nach Paris komme. Das ist eine Anspielung darauf, daß der Stahlhelm schon seit Monaten vergeblich versucht, mit den Verbänden früherer französischer Kriegsteilnehmer in Fühlung zu kommen. Ueberall in Paris wurden die Vertrauensleute des Stahlhelms bisher nur abgewiesen, da die linksstehenden französischen Kriegsteilnehmerverbände Wert darauf legen, nur mit den wirklich verständigungsgeräten deutschen Vereinigungen, wie dem Reichsbanner und dem Reichsbund der Kriegsbefähigten, zusammenzuarbeiten.

Trotzdem erklärte Herr Selbte in seinem Interview: „Deutschland ist dazu berufen, sich eher mit Frankreich zu verständigen als mit irgend einem anderen Land. Wir kennen den französischen Soldaten und haben die größte Achtung vor ihm.“

In Frankreich laßt man über solche Interviews. Denn man kennt den Stahlhelm in Frankreich besser, als Herr Selbte es sich einbildet, und es ist erst wenige Monate her, daß ganz Frankreichs Mauern mit Plakaten überschwemmt wurden, auf denen man eine Photographie des letzten Stahlhelmaufmarsches sah, und die „Propagandastelle nationaler Franzosen“, die dieses Plakat verbreitete, schrieb als Text darunter: Hier könne man sehen, wie das nationalstiftische Deutschland zu einem neuen Kriege behe.

Wird ein Stahlhelmer um Frankreichs Vertrauen, so wird Frankreichs Vertrauen nur um so größer. Der Vertrag von Kaufanne hat dieses Vertrauen natürlich nicht beseitigen können, zumal da man bestreitet, Deutschland werde jetzt in Genf seine Abrüstung fordern. Man kommt in Frankreich nicht davon ab, sich zu fragen, ob man denn in Deutschland auch wieder mit dem Kaufanner Abkommen unzufrieden sein will, und man erinnert daran, wie ungeheure Verbreitung 1911, als Frankreich einen Teil Kongos an Deutschland abtrat, Graf Reventlows geflügeltes Wort hatte: „Man hat uns nur 300 Millionen Tische-Pliegen abgetreten.“

Allerdings sind auch die französischen Nationalisten jetzt gezwungen, ihre Einstellung zu ändern. Wenn Deutschland irgend eine Ueberberung des in Versailles geschaffenen Zustandes erstrebt, antworteten sie stets mit dem Argument: „die unterschriebenen Verträge sind heilig.“ Jetzt sind aber die gleichen Franzosen die eifrigsten Verächter der Idee, Frankreich solle an Amerika keinerlei Kriegsschulden mehr zahlen. Die nationalstiftische Abendzeitung „Liberte“ veranlaßt sogar seit einigen Tagen eine große Unterschriftensammlung gegen die Zahlung französischer Kriegsschulden an die Amerikaner: „Alle Welt der Wert der Unterzeichnung unserer Unterschriften! Wir wollen nicht bezahlet! Wir werden nicht bezahlet!“, heißt es in der „Liberte“.

Für die „Liberte“ ist diese Unterschriftensammlung natürlich nur eine Geschäftspromaganda. Kurt Denz.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände zur Wahl

Der Sieg des Nationalsozialismus bedeutet die Unterdrückung der gesamten Freiheitsbewegung. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten haben bereits die entsprechenden Anträge im Reichstag und im preussischen Landtage gestellt. Wo der Faschismus zur Macht kam, hat er sich mit besonders giftigem Haße auf die Freiheitsbewegung geworfen. Die Freiheitsbewegung wurzelt in der Freiheit der Presse, der Freiheit der Meinungsäußerung und der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Daran denkt, wenn ihr am 31. Juli zur Wahl geht, Wer jetzt schläft, erwacht als Sklave und jammerlamm umsonst. Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände fordert alle freidenkenden Volksgenossen auf, durch aktives Eintreten für die sozialistische Bewegung die Niederlage des Faschismus herbeizuführen.

Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände
Der geschäftsführende Ausschuß:
C. Peter, M. Sievers, Dr. R. Riemann, Th. Mayer.

Der Herr Papenkreuzler

In einer Rundgebung der Eisernen Front in Dresden führte der preussische Kultusminister Grimm am Dienstag u. a. aus:

„Herr v. Papen kommt vor der Geschichte und dem Richterstuhl der Sittlichkeit und Religion nicht darum herum, daß sein Wort vom Wohlwahrheit ein Wort der Gottesfremdheit ist. Denn wenn etwas den Glauben an eine gerechte Weltordnung und an den Wert der christlichen Frömmigkeit unterhöchelt hat in unseren Tagen, dann ist es dies, daß das Reich dem Großgrundbesitzer, dem Wirtschaftsführer, dem Unternehmer und allen, die auf denselben Kapitalstufen stehen, mit seiner Notverordnung keinen Pfennig genommen hat, während die kleinsten Angestellten hergeben müssen, während die Rentner ärmster Klassen zusammenschumpfen, während Arbeitslosen der untersten Klasse wöchentlich die Summe von 4,50 Mark bleibt.“

Veranstaltungen

Donnerstag, den 21. Juli 1932:
Sommeroperette: Die Dollarprinzessin. 20 Uhr.
Musik-Vorles: Zufällige Ereignisse. Das Aufführungsprogramm 1932. Dein Schicksal. Das Redestimmungs-Programm.
Kammer-Singspiele: Kriminalreportage. Dolm. Programm.
Wendens-Singspiele: Der Hochtourist. Beiprogramm.

Wegen politischer Ausschreitungen vor Gericht

Am Karlsruhe, 20. Juli. Die Karlsruher Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Sorg verhandelte gestern die Berufung des 26 Jahre alten Riffers Hermann Schneider und des 26 Jahre alten Buchbinders Eugen Pöfller von hier gegen ein Urteil des Schnellrichters vom 27. Juni, welches gegen beide Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung Gefängnisstrafen von je drei Monaten zwei Wochen aussprach. Beide Angeklagte gehören der NSDAP an. Sie sind beide vorbestraft und befinden sich seit 27. Juni in Untersuchungshaft. Zu der Verhandlung haben sich zahlreiche Nationalsozialisten und Kommunisten als Zuhörer eingefunden.

Der Vorsitzende läßt zu Beginn der Verhandlung durchbilden, daß die Berufung der Angeklagten wenig Aussicht auf Erfolg habe. „Wenn man den Mut zum Demonstrieren hat“, wendet er sich an

die Angeklagten, „dann muß man auch den Mut haben, hinterher für seine Taten einzustehen. Die besten Zeugen sind die Angeklagten selber, die aussagen, daß sie draufgeschlagen haben. Derartige Beschuldigungen müssen mit empfindlichen Strafen belegt werden. Schneider und Pöfller sind Namen, die ich hier nicht zum ersten Male höre. Sie lachen noch zur Sache — das paßt dazu! Schneider und Pöfller kommen immer wieder. Die beiden kenne ich“

Es wird den Angeklagten zur Last gelegt, am nachmittag des 25. Juni auf der Kaiserstraße vor dem Führerverlag zwei Kommunisten, den 15jährigen Zeitungsverkäufer Meisner und den 27 Jahre alten Maler Emil Reil gemeinschaftlich mit mehreren anderen nicht ermittelten Tätern durch Faustschläge und Fußtritte mißhandelt zu haben.

Im Verlaufe der Beweisaufnahme wurde u. a. festgestellt, daß Meisner den Reil gebeten hatte, ihn zu begleiten, da er schon öfter bedroht worden sei und befürchtete, vor dem Führerverlag von dort sich aufhaltenden Nationalsozialisten angegriffen zu werden. Man habe ihn schon mit Faustschlägen bedroht. Schneider gibt zu, auf den

Reil eingeschlagen zu haben. Pöfller erklärt, er habe die beiden Streikenden trennen wollen, weil Schlägereien vor dem Führerverlag durch den Gauleiter unterlag worden seien. Der Zeuge Reil gibt an, die Nationalsozialisten seien in Stärke von sieben bis acht Mann auf ihn eingedrungen und hätten mit dem Stiefeln nach ihm getreten. Als er die Zahl der vor dem Führerverlag sich aufhaltenden Nationalsozialisten mit 80 bis 100 Mann angibt, erbebt sich im Zuhörerraum ein lautes Gebrüll; das Verhalten der Zuhörer wird vom Vorsitzenden gerügt. Er betonte, man befände sich hier nicht in einem Parteilokal und fragt die Schreier: „Sind das Ihre Parteibissideln?“ Der Zeuge gibt noch an, Pöfller habe ihm das Parteilabzeichen weggerissen und ihn getreten; das habe er gesehen.

Das Berufungsgericht fällt folgendes Urteil: Gegen Schneider wird wegen gefährlicher Körperverletzung nach § 223 a eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten ausgedroht und beiden Angeklagten die Untersuchungshaft vom 27. Juni angerechnet. Die gegen Pöfller vom Schnellrichter ausgesprochene Strafe von 3 Monaten 2 Wochen wurde bestätigt. Das Urteil ist rechtskräftig.

IM SAISON-SCHLUSS-VERKAUF
10% RABATT
WÄSCHE U. BETTEN
OERTEL
Jetzt: Kaiserstraße 191

Von heute ab
Dr. med. E. Schmitt
prakt. Arzt
Behandlung von Beinleiden
Beierthelmer Allee 36
Fornsprecher 5205
Sprechst.: 10 - 12 und 3 - 1/2 Uhr

Habe meine Praxis von Bahnhofstraße 9 nach **Kaiserstraße 140** (neben Moninger) verlegt.
Sprechstunden: 8 1/2 - 12 1/2 und von 2 1/2 - 6 1/2 Uhr.
Telefon 2476

Walther Hermsdorf
Amerikan. Zahnarzt - Kassenbehandlung.

Todes-Anzeige
Seute nacht beidseitig janit und schmerlos, im hohen Alter von nahe 82 Jahren, unter lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater und Onkel. Herr

Eduard Kemmlein
Verstorbener a. Z.
Karlsruhe, den 20. Juli 1932

Die trauernden Hinterbliebenen:
Fritz Kemmlein, Zürich
Ernst Kemmlein
Eduard Kemmlein a. Fam., Rastatt
Luise Dülger geb. Kemmlein und Familie, Bremen

Die Feuerbestattung findet am Freitag, 22. Juli, nachm. 1/2 5 Uhr statt.

Sängerverein „Adenia“
Karlsruhe.
Am 20. Juli verschied unerwartet infolge eines Herzniederschlags unser treues aktives Mitglied

Wilhelm Schieler
Er war ein eifriger Sänger. Ein ehrenvolles Andenken ist ihm gesichert. Sie hätten unsere Mitglieder zahlreich an der Beerdigung (Freitag 1/3 Uhr) teilzunehmen. Sänger 1/3 Uhr vor der Friedhofkapelle. Der Vorstand.

Pfannkuch
Gut essen trotzdem sparen!
3 Sondertage vom 21. bis 23. Juli 1932

1 Pfd. Limburger Käse 45 A
1 Pfd. Emmentaler ohne Rinde 1.00
1 Pfd. Salami 1.10
1/2 Pfd. Fst. Tafelbutter 68
1/2 Pfd. Allert. Teebutter 73
... und Sabatimarken

Badisches Landestheater
Sommer-Operette
im Stadt-Konzerthaus
Donnerstag, 21. Juli
Die Dollarprinzessin
Operette von H. R. Hillner und F. Grünbaum
Musik von Leo Fall
Dirigent: Hilger
Regie: Reißner
Mitwirkende: Eifer, Bauer, Schmalzer, Ebert, Zorn, Rader, Schwarz, Schniger, Krayer, Meiner, Waten

Zwangsversteigerung.
Freitag, 22. Juli 1932, nachmittags 2 Uhr werde ich in Karlsruhe im Stadl. Herrenstraße 45a gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
1. Zeholshewlage, 1. Schnellweg, befristet an Ort und Stelle mit Befristung im Stadl. 3821
1. Schwein, 2900 kg weiß und braun überlagene Saube, Karlsruhe 19. Juli 1932
über,
Gerichtsvollzieher
Geb. Witwe, Ant. 40, ebl. Charakter, sucht die Führung eines reinen Haushalts. Ang. unter Nr. 3817 a. d. Volksfr.

Wer läßt Angst anfertigen? gegen Ankerdrang. Nachschloß 20 RM Angebote unter M 1330 an den Volksfr.

Ein kleiner weißer gebt. **Sohlenberg a. G.** wird direkt an Privat zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 3768 an den Volksfr.

Gut erhalt. **Schrank** zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 3816 an den Volksfr.

Herrenrad, gebt. in gut. Zustand, zu kaufen gesucht. Preisangebote unter Nr. 3815 a. d. Volksfr.

Gut erhalten. **niederer Herrenrad** zu kaufen gesucht. Zu ertrag. unter Z 1340 a. d. Volksfr.

Fad 50 Liter fahrend zu kaufen gesucht. **Dahlger**, Kapellenstr. 28.

Gr. weiß emaillierter **Weber-Koch- und Badherb**, gut erhalt. zu verkaufen. **Werk. Schenke**, Meinhofstraße 26/11, D 1341

Wahlungenehr- handwagen zweirädrig, billig zu verkaufen. **Stuttgarter Str. 9, II links**

Ein 2- und 4-rädriger **Handwagen**, ferner 111 Sofa zu verkaufen. **Grünwälder, Neubrückstraße 1, D 1327**

Gebt. Kinderwagen billig zu verkaufen. Zu erfragen unter B 1339 im Volksfr.

Die Sterne lügen nicht
Große astrologische Sonderveranstaltung mit Film u. Demonstrationen vorgetragen von dem bekannten Astrologen **Erich Wiesel**

Gloria-Palast
Infolge des großen Erfolges und auf vielseitigen Wunsch Wiederholung
Nur Freitag, 22. Juli 8 u. 10 Uhr
2 geschlossene Vorstellungen

Zukünftige Ereignisse
Was bringen die kommenden Monate und Jahre?
Deutschlands Schicksalswege. Weltkriegsdrohen!
Revolution? Weltkrieg?
Die Brandtaffel im Osten!

Das Aufstiegsjahr 1933
Frankreichs Niedergang! Deutschlands und Europas Zukunft!
Was sagen uns die Horoskope von:
Adolf Hitler - von Papen
Thälmann - Stalin
Ludendorff - Hugenberg
v. Hindenburg - Mussolini
Generalv. Schleicher usw.

Dein Schicklal
Stern und Menschen
Im Filmteil:
Mit dem Raumluftschiff ins Weltmeer - An den Toren der Unendlichkeit - Die Rätsel des Himmels - Wir und das Weltall - Alerlei vom Mars.

Eine Veranstaltung, die in allen Großstädten tausende u. Aber-tausende begeisterte Besucher u. Anerkennung der Presse fand.

Eintrittspreise: 80 Pf. bis 2.-RMk. Erwerbslose nur geg. Ausweis 50 Pf.

Alle Ehren u. Freikarten sind f. diese Sonderveranstaltung aufgehoben

Vorverk. Zigarrenh. Meys, a. Marktplatz

Kaffee Bauer
Heute Donnerstag 20.30 Uhr
Gesellschafts-Tanz
Turnier-Kapelle Ernö Walter

2-Zimmer-Wohnung neu hergerichtet, sofort zu vermieten 30 RM. **Daxlanden, Pfalzstr. 14**

Verkauf.
1. Märklinbautasten, 1. Streifenlöcher m. Rollen, 1. Hochleistungsapparat, neu, Vogelkäfige, Gas-herde, Grammophonplatten, Bücher, 3829
2. Gut. Drummetr 5
3. Bandonium, Paß und Distanz 2-föhrig, 108-löhrig, Handarbeit Rosenbücher, zu verkaufen. Ang. unter Nr. 3823 an den Volksfr.

Möbl. Zimmer sofort zu vermieten: **Grünwälderstr. 6 111, r**

In jede Familie nur den Volksfreund

GROSSER SAISON-SCHLUSS-VERKAUF in fast allen Abteilungen

Verkauf soweit Vorrat!

Steingutteller w.B., Flach od. tief 12.7	10.7	Teller Feston, weiß, Markenporzellan, tief oder flach	28.7
Satzschüsseln 6-tellig, bunt 95.7, weiß 88.7		Teller Feston, Goldrand, Porzellan, flach oder tief	32.7
Waschbecken od. Waschrübe 6-tellig, Stielgut	75.7	Tafelservice Porzellan, Feston, mit Goldrand, für 6 Personen, 23teilig.	12.25
Tafelservice Hartstein, Fabrikat Villeroy & Boch, für 6 Personen, 23teilig, mit Goldrand	7.25	Kaffeesevice für 6 Personen, Porzellan, 9 teilig, bunte Muster	3.90 2.90

Wasch-Garnituren
5-tellig.
S. 1 m. Goldr. S. 1 m. Goldr. S. 1 m. Goldr. Becken 32 cm. Becken 33 cm. Becken 37 cm.

2.90	3.90	5.90
------	------	------

Kompotteller gepreßt 12.7	10.7	8.7
Wasserbecher gepreßt	12.7	8.7
Salatschalen gepreßt	65.7	48.7 35.7
Kuchenteller gepreßt	98.7	78.7 68.7

Außerhalb des Saison-Schluss-Verkaufs
Sonder-Angebote!

1 Waggon Emaillewaren darunter:

Tollteetimer 24 cm mit Deckel	95.7	Salatseier weiß, 26 cm	95.7
Wasserkessel 24 cm	1.25	Löffelblech weiß	95.7

1 Ladung Zinkwaren

Wassereimer 24 cm stark	60.7	Volksbadewannen 170 cm lang	9.25
Waschkessel 42 cm	3.50	38 cm	2.85
Waschwannen oval 80 cm	4.75	60 cm	2.75
		Gießkannen 8 Liter Inhalt, verzinkt	1.65
		Spülwannen rund 36 cm od. oval 40 cm	95.7

ERbestecke mit Galalith, Messer rostfrei Klinge, Gabel rostgeschützt, Paar 95.7

1 Posten Bürstenwaren darunter Schrubber, Schosbürsten, Wachsbürsten, Clesobürsten etc. 24.7

HERMANN TIETZ KARLSRUHE

Friedr. Söpper
Karlsruhe, Kriegsstr. 28
Kassen-Lotterie
Ede. Müppurrer Straße
Telephon 5286
Zil. 09. Friedrichstr. 28
348 000 Gewinne
2 Prämien zu je 500 000 RM.
100 Schicksalprämien zu je 3000 RM.
Spieldr. 114 260 100 RM.

V. Klasse Ziehung:
8. August bis 12. Sept. Schluß der Erneuerung Montag, den 1. August

Mieter-u. Bauverein
Karlsruhe e. G. m. b. H.
Wir haben auf 1. Okt. d. J. im Vorder- u. Hinterstr. 191 V. eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit Zubehör zu vermieten. Bewerbungen von Mitgliedern wollen bis längstens Montag, den 25. d. Mts. im Büro Etlingerstr. 3 erfolgen. Die Verlosung findet am Dienstag, den 26. Juli abends 7 1/2 Uhr daselbst statt. 3827
Karlsruhe, 20. Juli 1932.
Der Vorstand.

Unübertriffen!
Neues eigenes Schlaf-zimmer, voll gepolstert, umhängebbar für nur 4 225.- zu verkaufen. **Amalienstr. 79, Rückgebäude.** 3874

Flugblätter
druck innerhalb 6 Stunden, ein- und mehrfarbig in bester Ausführung
Verlagsdruckerei Volkst. und GmbH
Karlsruhe, Waldstr. 28 / Fernruf 7020 91

Die neue Bauernbrochure der Partei!
Landmann erwache!
16 Seiten 10 Pfennig

Ortsvereine der S. P. D.! Bestellt umgehend! Rabatt wie gewohnt!
Führt mit dieser Broschüre den Wahlkampf unter der Bauernschaft!
Der Wahrheit die Ehre — der Lüge den Laufpaß!

Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe
Waldstraße 28
Fernruf 7020/21

Hausbesitzer, Bauhandwerker, Gewerbetreibende!
Kommt in Massen zu der **großen Kundgebung** über die **Erhöhung der städtischen Umlage** in der „Eintracht“ am Freitag, den 22. Juli, abends 8 Uhr; Vortrag von Stadtrat Willet.
„Darf der Herr Oberbürgermeister den Hausbesitz, den Handel und die Gewerbetreibenden vergewaltigen?“
Karlsruher Haus- und Grundbesitzerverein
Der Vorstand.